Kritische Studien

zu den

Denkwürdigkeiten eines Sozialdemokraten

von

Wilhelm Blos

Von

Dr. Fritz Schenk

1932.

Digitized by the Internet Archive
in 2026

https://archive.org/details/IA41550010_0122

Kritische Studien

zu den

Denkwürdigkeiten eines Sozialdemokraten

von

Wilhelm Blos

Inaugural-Dissertation

zur Erlangung der Doktorwürde
einer Hohen Philosophischen Fakultät
der Eberhard-Karls-Universität
zu Tübingen

vorgelegt von

Fritz Schenk
aus Kirchheim/Teck

Formulardruckerei Salach / Inhaber E. Kaißer, Salach

Gedruckt mit Genehmigung
der Philosophischen Fakultät der Universität Tübingen.

Referent: Professor Dr. phil. Dr. jur. h. c. Adalbert Wahl.
30. Juli 1932.

Meinen Eltern zugeeignet

Inhaltsverzeichnis.

Seite

Einleitung 7

Erster Abschnitt:
Das Leben von Blos nach seinen Denkwürdigkeiten. Seine Persönlichkeit . 9

Zweiter Abschnitt:
Die Wirkungen des Sozialistengesetzes auf die Sozialdemokratie 26

Dritter Abschnitt:
Die Quellen von Blos 44

Anhang 57

Einzelheiten 63

Schlußbetrachtungen 67

Literaturverzeichnis 70

Lebenslauf 72

Einleitung.

Im Jahre 1914 erschien in München der erste Band der „Denkwürdigkeiten eines Sozialdemokraten" des damals als Schriftsteller tätigen Wilhelm Blos. Was Blos zu dieser Veröffentlichung veranlaßt hat, sagt er im Vorwort: „Wenn man über 40 Jahre auf literarischem und politischem Gebiet für die Sozialdemokratie gekämpft hat, so darf man sich wohl für berechtigt halten, einige Erinnerungsblätter dem Kreise von Zeitgenossen zu unterbreiten, auf deren Interesse man rechnen kann." . . . „Zugleich sollen diese Aufzeichnungen den künftigen Geschichtsschreibern der Sozialdemokratie einiges Material bieten, das als zuverlässig betrachtet werden kann."

Ohne Zweifel sind die Denkwürdigkeiten von Blos höchst lehrreich, bringen sie uns u. a. doch vieles über die Leiden der Sozialdemokratie unter dem Sozialistengesetz, die in jener Zeit so verworrenen inneren Zustände in dieser Partei und dann zeigen sie uns auch deutlich deren feindliche Einstellung zum Staat. Es soll unsere Aufgabe sein, in der folgenden Untersuchung zu prüfen, ob die Aufzeichnungen für den Historiker zuverlässig sind.

Der zweite Band der Denkwürdigkeiten erschien erst 1919. Er wurde schon 1914 niedergeschrieben. Der Ausbruch des Weltkriegs hat den Verfasser bestimmt, ihn erst nach diesem Ereignis zu veröffentlichen. Im Vorwort zum zweiten Band wird angegeben, daß „im Interesse der historischen Bewertung der darin enthaltenen Auffassung" an der im Jahre 1914 erfolgten Niederschrift nichts geändert worden sei. Am Schluß des zweiten Bandes (224) äußert Blos die Absicht, in einem dritten und letzten Band den Aufstieg der Sozialdemokratie schildern zu wollen. Derselbe ist bis jetzt nicht erschienen. Es ist anzunehmen daß Blos[1]) nicht mehr dazu kam, da er im November 1919 Staatspräsident von Württemberg wurde und nach seinem Rücktritt, der im Mai 1920 erfolgte, Erinnerungen aus seiner Staatspräsidentenschaft verfaßte[2]), die — das sei ausdrücklich betont — ihrem Charakter und Inhalt nach mit den hier zu kritisierenden Denkwürdigkeiten in gar keinem Zusammenhang stehen.

Blos gibt in seinem Vorwort an, er habe die Denkwürdigkeiten meist aus dem Gedächtnis niedergeschrieben. Da aber viele Stellen,

[1]) Er starb im Jahre 1927.

[2]) Wilhelm Blos, Von der Monarchie zum Volksstaat. Zur Geschichte der Revolution in Deutschland, insbesondere in Württemberg. 1. Band Stuttgart 1922, 2. Band 1923. — Vergl. die Besprechungen dieses Werkes in der „Deutschen Literaturzeitung" 47. Jg., 1926 (Januar—Juni) S. 228—230 (A. Wahl) und Württembergische Vierteljahrshefte für Landesgeschichte XXXI. Jg. 1922—24, S. 306 (K. Weller).

wie sich bei ihrer Prüfung herausgestellt hat, oft wörtlich mit den Aufzeichnungen anderer sozialdemokratischer Autoren übereinstimmen, müssen wir in einem besonderen Abschnitt der Untersuchung nach den Quellen forschen, die Blos außer seinem Gedächtnis benutzt hat. Wir werden dabei für die Memoirenforschung interessante Feststellungen machen können.

Bei der Fülle des in den beiden Bänden gebotenen Materials müssen wir uns natürlich auf die Abschnitte beschränken, in denen der Verfasser zu historisch wichtigen Ereignissen und Gestalten Stellung nimmt. Sie sind für den Historiker von ganz besonderem Interesse. Alles was persönlichen Charakter trägt, etwa die Schilderungen von Begegnungen mit Freunden, seine Agitationsreisen u. a., können wir auch schwerlich einer Kritik unterziehen, da hierfür im allgemeinen das Kontrollmaterial fehlt. Es wird demnach im wesentlichen auf eine Kritik und Beleuchtung der Kapitel der Denkwürdigkeiten ankommen, in denen Blos uns über die Zwistigkeiten und Spaltungen in der Sozialdemokratie, vor allem unter dem Sozialistengesetz, berichtet, über die Wirkungen des Sozialistengesetzes auf die Partei, über seine und seiner Partei Einstellung zum damaligen Staat und über historische Persönlichkeiten, insbesondere über Bismarck. Auch Einzelheiten sind zu berichtigen.

Eine Würdigung der Persönlichkeit und kurze Biographie von Blos ist in dem Werk von Karl Weller über die Staatsumwälzung in Württemberg zu finden[3]). Weller hatte aber nur Wilhelm Blos als ersten württembergischen Staatspräsidenten zu würdigen. Der Blos der Denkwürdigkeiten zeigt sich als der Typus eines sozialdemokratischen Agitators, der als Journalist und Redner für seine Partei wirkte. Da für diesen Blos die Denkwürdigkeiten so charakteristisch sind, ist es angebracht, ihn in einem einleitenden Kapitel nach seinen eigenen Aufzeichnungen zu schildern. Außer in dem zitierten Werk von Karl Weller finden wir sonst nirgends ausführlichere Angaben über seine Persönlichkeit. Auch diese Tatsache berechtigt uns zu einer eingehenderen Beschäftigung mit seinem Leben.

Am Schluß der Untersuchung fassen wir die kritischen Betrachtungen zusammen, um zu einem Gesamturteil über den historischen Quellenwert der Denkwürdigkeiten gelangen zu können.

Eine Besprechung der Denkwürdigkeiten in historischen Zeitschriften haben wir nicht finden können. Die Kritiken in sozialdemokratischen Organen sind als parteiisch und oberflächlich abzulehnen.

---

[3]) Weller Karl, Die Staatsumwälzung in Württemberg 1918—1920, Stuttgart 1930, S. 121 ff. und S. 317/18.

Das Leben von Blos nach seinen Denkwürdigkeiten. Seine Persönlichkeit.

Blos schreibt sehr ausführlich über seine Jugend und seine Entwicklung zum Sozialdemokraten. Im Vorwort zum ersten Band erfahren wir den Grund hierfür: „Meine Jugend, meine Handlungen und meine Denkweise von damals habe ich so eingehend beschrieben, weil ich ein — ich möchte sagen — künstlerisches Bedürfnis empfand, den Gegensatz von damals und später möglichst hell zu beleuchten und möglichst scharf hervortreten zu lassen."

Am 5. Oktober 1849 wurde Wilhelm Blos zu Wertheim i. Baden geboren. Sein Vater war Arzt; er soll streng katholisch gewesen sein. Die evangelische Mutter setzte aber durch, daß der Sohn protestantisch getauft wurde. Von seiner Mutter sagt er (S. 6), sie sei lebenslustig gewesen und habe trotz ihres kranken Vaters geräuschvolle Festlichkeiten im Hause veranstaltet. Einer seiner Großonkel, der Pfarrer Christoph Schmezer, der bekannte Freund Scheffels, galt als sangesfroh und trinkfest. So lassen sich auch bei Blos seine gesellige Natur[4]) und seine Freude an Zechgelagen erklären, mit denen sich eine starke Vorliebe für das weibliche Geschlecht verband.[5]) Der Vater starb an einem Lungenleiden, das er sich bei der Ausübung seiner anstrengenden Landpraxis zugezogen hatte. Er hing scheinbar mit großer Liebe an seinem Sohn. Dieser durfte ihn bei seinen Gängen begleiten. „In den hochgelegenen Dörfern des Odenwaldes sah ich dazumal zuerst das menschliche Elend," schreibt Blos (Bd. 1, S. 7).

Der Vater starb im Frühjahr 1856, Blos war damals erst $5^1/_2$ Jahre alt. Seine Mutter verheiratete sich wieder. „Aus Dutzenden von Freiern hatte sie sich gerade den brutalsten und borniertesten ausgesucht." (I, 8). „Die böse Fee lenkte nunmehr meinen Lebensgang." Für Blos begann eine Leidenszeit. Sein Stiefvater prügelte ihn sehr häufig, „manchmal auf ganz barbarische Art." An der Mutter, die der brutale Gatte nicht abstieß, fand der Sohn nicht den geringsten Rückhalt. Dem Stiefvater, der Förster war, mußte er Jägerburschendienste leisten. „Oft wurden mir die beiden großen Hühnerhunde am Gürtel festgebunden; wenn sie etwas witterten,

[4]) Vgl. auch Weller, a. a. O. S. 121.
[5]) Die oft sehr anzüglichen Bemerkungen über Frauen und die Erwähnung des Stammtisches fallen in den Denkwürdigkeiten immer wieder auf. Vgl. S. 22 ff. unserer Abhandlung.

rissen sie mich zuweilen um und schleiften mich." (I, 9). Die Brutalität des Stiefvaters nahm zu. Der gute Humor, den Blos schon damals besaß, half ihm über manche Widerwärtigkeit hinweg. Aber einmal versuchte er doch durchzubrennen. Der Stiefvater überraschte ihn dabei und mit einer Tracht Prügel wurde der Junge wieder heimgejagt. Zu Hause durfte er nicht an den Familientisch und mußte in der Küche essen. „Außer den Prügeln wurde auch Einsperrung als Strafe verwendet" (I, 10), die oft mehrere Tage dauerte. Blos beklagt sich bitter über seine Mutter, die die Gewalttätigkeiten ihres Mannes nicht hinderte, sondern ihnen oft sogar zustimmte.

Zweifellos war diese lieblose und ungerechte Behandlung auf die spätere Entwicklung von Blos nicht ohne Einfluß. Sie förderte seinen Widerspruchsgeist gegen die Umwelt[6]). Wir können auch annehmen, daß er unter dem Einfluß seines richtigen Vaters, an dem er ja sehr hing, in geordnetere Lebensbahnen geraten wäre und sich mit den gegebenen Verhältnissen eher ausgesöhnt hätte. Blos leugnet die Möglichkeit eines solchen Einflusses (I, 106/7). Er urteilt hier eben subjektiv[7]).

Mitleidige Nachbarn und sein Lehrer nahmen ihn oft gegen seinen Stiefvater in Schutz. Sein Lehrer in der Volksschule hatte ihn gern, weil er ein aufgeweckter und begabter Schüler war. Der Stiefvater beachtete seine geistigen Fähigkeiten nicht im geringsten. „Der Kerl soll Schuster werden", war seine Antwort, wenn es sich um des Stiefsohnes Zukunft handelte (I, 11). Dabei befanden sich seine Eltern in sehr guten Verhältnissen. Seine Großmutter mütterlicherseits nahm sich seiner an. In Wertheim sollte er das Gymnasium besuchen. Die strenge Großmutter holte manches in der Erziehung des Enkels nach. Er trat in die Quarta ein und wurde ein guter Schüler. Sein Interesse für Geschichte war schon zu jener Zeit erwacht. Er erfuhr durch Bekannte und Freunde vieles von der 48er Revolution in Baden. Später studierte er deren Geschichte.

Schon als Gymnasiast las Blos sehr viel (I, 15). Bald nahm er Anstoß an der bürgerlichen Moral. Er behauptet, er sei nur gezwungen in die Kirche gegangen und habe nie religiöse Ueberzeugungen gehabt, „und um deretwillen niemals innere Kämpfe durchgemacht" (I, 17). „Als ich später die Schriften von Ludwig Feuerbach las, fand ich in schöner und geistvoller Darstellung ausgeführt und bewiesen, was in mir als ursprüngliche Empfindung unbestimmt teilweise schon vorhanden war," bekennt er mit der ihm eigenen Offenheit. — Da seine Verwandten kein Geld mehr ausgeben wollten, um ihm die Erlangung der Hochschulreife zu

[6]) Vgl. Weller, a. a. O.
[7]) Vgl. S. 15 der Abhandlung.

ermöglichen, wurde er aus der Schule genommen. In Mannheim trat er in eine Kaffee- und Zuckergroßhandlung ein. Das „kaufmännische Intermezzo" war rasch zu Ende, als er eine vom Prokuristen bekommene Ohrfeige zurückgab. Er kehrte nach Hause zurück. Sein Stiefvater wollte ihm kein Geld mehr zuwenden, ja sogar die Zinsen des väterlichen Vermögens, das ihm sein Vater vor dem Tode sichergestellt hatte, entziehen. Der Gemeinderat des Orts kam Blos wohlwollend entgegen. Man riet ihm zum Studium. Dem Stiefvater wurde die Vormundschaft abgenommen (I, 27). Blos kam nach Breitenbronn auf eine „Schnellbleiche", um dort in zwei Jahren die zum Abiturientenexamen erforderlichen Kenntnisse zu erwerben. Er beteiligte sich dort an den tollsten Schülerstreichen. Im Jahre 1868 bestand er mit gutem Erfolg das Abitur. Er ging nach Freiburg i. Brsg., wo er sich zum Studium der Neuphilologie entschied. „Ich mußte nunmehr reiflicher über meine Zukunft nachdenken, als vorher, und ich fand, daß diese Zukunft recht nebelhaft aussah. Zum Arzt taugte ich nicht, zum Theologen auch nicht, die Juristerei stieß mich ab, die Kameralwissenschaften desgleichen. Darum suchte ich mir die Philologie aus. Aber ich war auch überzeugt, daß ich zum Gymnasiallehrer nicht taugte. Ich hatte das unbestimmte Gefühl, daß diese akademische Episode durch irgend einen Zwischenfall werde beendigt werden." (I, 45). Die Reize des Studentenlebens zogen ihn in den ersten Semestern mächtig an. Er trat in das Corps Rhenania ein, dem er bis zu seinem Lebensende angehörte! Jetzt zeigte sich deutlich, wie sehr er für die heitere Seite des Lebens aufgeschlossen war. Er bummelte und kneipte viel und gern. Die Geldsummen, die ihm sein Stiefvater schicken mußte (von dem väterlichen Vermögen), blieben anscheinend oft aus, sodaß Blos Schulden machen mußte. Obwohl die Verlegenheit immer größer wurde, entschloß er sich erst nach langem Zögern heimzureisen (I, 51). Er kam sehr niedergeschlagen zur Großmutter stiefväterlicherseits. Sie stellte ihm für jeden Monat eine bestimmte Summe zur Verfügung. Er sollte sich eine „Stelle" suchen. In Ueberlingen wurde er Zollamtsschreiber. „Das gab mir einen Stoß! Aber schließlich ging ich doch darauf ein, denn ich betrachtete die ganze Affäre als einen Umweg, der auf die Universität zurückführte" (I, 57).

Aus den gemachten Angaben geht keineswegs deutlich hervor[8]), warum Blos das Studium unterbrach und es nachher ganz aufgab. Daß ihm seine Eltern kein Geld mehr schickten, wollen wir glauben. Aber was er S. 57 sagt, muß uns doch an seiner Schuldlosigkeit zweifeln lassen: „Bevor ich nach Ueberlingen, mit reichlich gespick-

[8]) Vgl. Bd. I, S. 57.

tem Geldbeutel abging, sprach ich im Forsthause (bei den Eltern) vor. Der Stiefvater wußte von dem Arrangement nichts und kümmerte sich auch nicht darum. Er wollte mir Vorwürfe machen wegen der geringen Beträge, die ich in Freiburg schuldig geblieben. . ."

Wenn die Schulden nur „geringe Beträge" gewesen wären, hätte Blos sie doch mit dem „gespickten Geldbeutel", den ihm die Stiefgroßmutter mitgab, decken können und außerdem war ja noch ein nicht unbedeutender Rest des väterlichen Vermögens da.[9]) Wir können vielmehr annehmen, daß er zur Weiterführung seines Studiums gar keine große Lust mehr hatte und vielleicht auch keine Energie. Er sah eben das Leben von einer sehr leichten Seite an. Das zeigt ja auch sein freudiger Entschluß, mit dem Geld der Stiefgroßmutter „diese Episode" (die Zollamtsschreiberei) möglichst vergnüglich zu gestalten, da sie voraussichtlich nur von kurzer Dauer sein werde. Zum richtigen Wissenschaftler fehlte ihm allem nach wohl auch der nötige Ernst. Sein oben zitierter Standpunkt bei der Wahl des Studiums: „Ich hatte das unbestimmte Gefühl, daß diese akademische Episode durch irgend einen Zwischenfall werde beendigt werden . . .", deutet gleichfalls darauf hin. Blos war eine Journalistennatur. Eine „Episode" löste im Laufe seines Lebens die andere ab. Es war ihm mit seinem Entschluß, das Studium wieder aufzunehmen, sicher nicht so ernst. Er nahm ein Unglück nicht so tragisch; er war Optimist.

Auch in Ueberlingen wurde sehr lustig gelebt. „Ich leugne nicht, daß es ein ausgelassenes, wildes Leben war, welches ich damals führte . . .", schreibt er selber (I, 59). Die Zöllnerkarriere ging rasch zu Ende. Er privatisierte eine Zeitlang. Schließlich verlobte er sich.

In Ueberlingen kam Wilhelm Blos zum ersten Mal mit der politischen Welt in Berührung. Ein Rechtsanwalt aus Mannheim machte ihn mit seinen demokratischen Anschauungen bekannt. „Mir ging mit einem Male eine ganz neue Welt auf. So sehr mich das an mir verübte Unrecht erbittert hatte, so wenig hatte ich über dessen eigentlichen Ursprung nachgedacht." . . . „Die demokratische Weltanschauung ließ mich erkennen, daß solches Unrecht nur möglich ist durch unsere mangelhaften öffentlichen Einrichtungen." — Hier hätte sich Blos verständlicher ausdrücken müssen! — „Revolutionäre Empfindungen lebten mit einem Male glühend in mir auf . . . und ich fand meine Lebensaufgabe darin, mich dem großen Kampf gegen das alte, ererbte Unrecht zu widmen. Die anerzogenen Vorurteile und den eingetrichterten Respekt vor allem Bestehenden warf ich

[9]) Vergl. I, S. 72.

wie alte, unbrauchbar gewordene Wäsche weg." (I, 61). Die letzten Sätze klingen sehr phrasenhaft; Blos gibt uns keine Begründung seiner Behauptungen.

Der Rechtsanwalt schlug Blos vor, Journalist zu werden; Blos nahm freudig an. Er wurde Unterredakteur am demokratischen „Konstanzer Volksfreund", dem jedoch bald die Abonnenten ausgingen. Blos hatte das Glück, an den württembergisch-demokratischen „Schwarzwälder Boten" in Oberndorf a. Neckar zu kommen. Der journalistische Beruf sagte ihm sehr zu. Er schwärmte damals schon von einer wirtschaftlichen Befreiung der arbeitenden Klassen. Leider deutet er seine politischen Ziele und Gedanken meistens nur schlagwortartig an. Er war zu jener Zeit auch noch nicht ganz mit sich im klaren, was er eigentlich wollte. Er las den damals von Karl Liebknecht redigierten „Volksstaat" und verschaffte sich auch Lassallesche Broschüren. Blos dachte zweifellos als Idealist. Jetzt wurde sein Ideal — auch hier wieder ein Schlagwort — für die „Befreiung der Unterdrückten" zu kämpfen (I, 86). Am 1. Oktober 1871 übernahm er die Redaktion des „Würzburger Journals", das demokratisch eingestellt war. Er bewegte sich damals noch wie er selber sagt „auf der Grenzlinie zwischen bürgerlicher Demokratie und Sozialdemokratie" (I, 91). [10]) Auch die Tätigkeit am „Würzburger Journal" war nur von kurzer Dauer. Er mußte gehen, weil die Verlegerin mit seiner Linksschwenkung nicht einverstanden war. In Nürnberg erhielt er — Februar 1872 — die Redaktion des „Fürther demokratischen Wochenblattes". Dort kam Blos zum erstenmal mit sozialdemokratischen Arbeitern in Berührung, namentlich mit Karl Grillenberger, damals noch Fabrikarbeiter, dessen Biographie er später schrieb.[11]) Es vollzog sich seine „innere Wandlung zum Sozialdemokraten": „Das ungeheure Gebiet der Sozialpolitik war mir eine terra incognita. Nun sah ich erst die Einseitigkeit der von mir erworbenen Bildung ein und meine durch eine bürgerliche Erziehung und Umgebung eingewurzelten Vorurteile sanken, soweit sie überhaupt noch vorhanden, rasch in sich zusammen." (I, 99). Er besuchte sozialdemokratische Parteiversammlungen. Der „Idealismus und Bildungstrieb" der Arbeiter sagten ihm sehr zu. Der sozialdemokratischen Partei beizutreten war er noch nicht entschlossen. Das kommunistische Manifest scheint ihm endlich die völlige Klarheit gegeben zu haben. Den Gedanken einer

[10]) Sein Weg zur Sozialdemokratie führte — wie der so Vieler (Bebel an der Spitze) — über die bürgerliche Demokratie.
[11]) Vergl. S. 25 der Abhandlung, Anm. 50.

Ueberführung der Produktionsmittel in den Besitz der Gesamtheit nahm er begeistert auf: „Die Verwirklichung dieses leuchtenden Ideals lag in weiter Ferne, das wußte ich. Aber ich beschloß, ihm mein Leben zu widmen." (I, 101).

Nichts zeigt uns besser den Idealismus und starken Optimismus, mit dem Wilhelm Blos die Marx'schen und Lassalle'schen Ideen aufnahm als diese letzten Sätze. Sein mitleidiges Herz für die Arbeiter — das wir nicht verkennen wollen — erleichterte ihm den Glauben an die Erfüllung dieser „leuchtenden" Ideale. Das Schicksal des armen Mannes konnte ihn häufig sehr weichlich stimmen, wie er überhaupt zu sehr traurigen Gefühlsstimmungen geneigt war.[12]) Aber bei allem gewinnt man den Eindruck, daß er nicht tief genug über die verschiedenen Möglichkeiten einer Besserung des Loses der Arbeiter nachdachte. Er war sich auch selbst noch nicht im Klaren[13]) und in dieser Unklarheit nahm er die Ideen von Karl Marx auf, ohne sich lange über deren Berechtigung oder Nichtberechtigung zu besinnen. Es waren Schlagwörter, etwas Neues, für das sich Blos begeistern konnte. Seine Zukunft schien ihm gesichert und verheißungsvoll, wenn er sich in den Dienst dieser neuen Ideen stellte, an deren Richtigkeit er nicht zweifelte. Als Journalist konnte er in hervorragender Weise für die sozialistischen Ideen kämpfen, er hatte ein Lebensziel[14]). Wie er sich sein zukünftiges Wirken dachte sagt er im ersten Band (S. 103): „Nun bildete sich in mir der feste Entschluß, meinen inneren Menschen mit meinem äußerlichen Leben in Einklang zu bringen. Meine journalistische und literarische Tätigkeit mußte so gestaltet werden, daß sie zugleich eine Förderung der sozialistischen Ideen, ein Kampf für meine Ideale war. Nur dann konnte mich diese Tätigkeit befriedigen. Ich beschloß, bei der ersten Gelegenheit mich offen der Sozialdemokratie anzuschließen und ihr meine Tätigkeit zu widmen. Einstweilen trat ich der internationalen Arbeiterassoziation bei."

Auf Seite 102/103 im ersten Band setzt sich Blos mit dem „Kapital" von Karl Marx auseinander, vielmehr gibt er dessen Hauptsätze unkritisch wieder. Wir finden dieselben unklaren Schlagwörter und dieselbe Einseitigkeit: „Vergesellschaftung der Produktionsmittel", „Konzentration des Kapitals in wenigen Händen" und schließlich „Expropriation der Expropriateure". Es ist nicht unsere

[12]) Vergl. Bd. I, S. 256 und S. 81.
[13]) Vergl. oben.
[14]) Im bürgerlichen Leben hatte es Blos zu keiner Existenz gebracht. Bei allem ist festzustellen, daß er aus guten bürgerlichen Verhältnissen stammte. Er konnte — wenn er es auch bestreitet — diese Abstammung später nie ganz verleugnen.

Aufgabe auf diese Theorien näher einzugehen und sie zu kritisieren. Für uns ist wesentlich festzustellen, daß auch Blos — wie damals viele Tausende — ihnen blindlings Glauben schenkte und durch sie die Arbeitermasse zersetzte und für die Sozialdemokratie zu gewinnen suchte.[15])

Mit seinem Eintritt in die Sozialdemokratie ist Blos Parteimann geworden. Wenn er auch stets zu den gemäßigten und vernünftigen Führern seiner Partei gehörte — was er insbesondere später als erster württembergischer Staatspräsident bewies[16]) — so ist er dennoch Parteimann gewesen. Das zeigen seine Denkwürdigkeiten auf das allerdeutlichste. Wie in Marx's „Kapital" finden wir auch bei Blos Negierung des Staates und kein Verständnis für staatliche Notwendigkeiten. Wir werden es später an einzelnen Beispielen zu zeigen haben.

Im Juni 1872 wurde Blos von dem bekannten Sozialdemokraten Wilhelm Bracke in die Schriftleitung des „Braunschweiger Volksfreundes" gerufen, dessen Redakteure damals im Gefängnis saßen (I, 106). Blos nahm an und trat gleichzeitig der sozialdemokratischen Partei bei. Er wehrt sich (I, 106/107) gegen die Vorwürfe, daß er als verbummelter Mensch und verkrachte Existenz zur Sozialdemokratie gekommen sei. Ebenso wäre es eine Verleumdung, wenn man ihn in der bürgerlichen Presse als „examensflüchtig" bezeichnet hätte. Er lehne auch das „Wohlwollen" der Menschen ab, die den Ausspruch getan, er wäre „nie so weit gekommen", wenn er nicht in seiner Jugend eine so harte und ungerechte Behandlung erfahren hätte.[17])

In Braunschweig begann Blos' Tätigkeit als politischer Parteimann. Auf der Redaktion des „Volksfreundes" traf er den Sozial-

[15]) Vergl. dazu, Adalbert Wahl, Deutsche Geschichte (1871—1914) Bd. I, Stuttgart 1926, S. 479 ff. Außerdem, Eugen Richter, Die Irrlehren der Sozialdemokratie, Berlin 1890. Ferner Friedrich Brunstädt, Deutschland und der Sozialismus, Berlin 1924 S. 180 ff. Brunstädt setzt sich in sehr einleuchtender Weise mit den Prophezeihungen von Karl Marx (im „Kapital") auseinander, von denen er einige mit nackten Tatsachen widerlegt. Auch Brunstädt spricht — wie Wahl — von der Irreführung der deutschen Arbeiter durch den Marxismus. (S. 260)

[16]) Vergl. Weller a. a. O. S. 122 ff. und S. 318.

[17]) Ich verweise dazu auf die dargelegte Auffassung über die Aufgabe des Studiums und seinen Eintritt in die Sozialdemokratie, die sich aus seinen eigenen Aufzeichnungen ergab.

demokraten Gustav Lyser und den schon genannten Wilhelm Bracke jun. .[18]) — In Braunschweig erhielt Blos die erste Gefängnisstrafe, wegen Beleidigung des dortigen Polizeidirektors. — Im Frühjahr 1873 kam Blos in die Schriftleitung des „Volksstaates" in Leipzig. Der „Volksstaat" war das Zentralorgan der Eisenacher, der einen der zwei sich damals aufs heftigste befehdenden Richtungen in der deutschen Sozialdemokratie. Blos sollte in dieses Organ, für das auch Karl Marx und Georg Engel schrieben, populäre Artikel bringen — die ihm sehr lagen — um mehr Abonnenten zu gewinnen.

Im Leipziger Arbeiterbildungsverein kam Blos viel mit Parteigenossen in Berührung. Er lernte jetzt auch in Versammlungen zu sprechen. Häufig wurde er in Preßprozesse verwickelt. 1873 besuchte er den ersten Parteitag, der in Eisenach stattfand (I, 156). Bei den Reichstagswahlen im 13. Wahlkreis (Leipzig — Land) agitierte Blos für Johann Jacobj aus Königsberg, der die Wahl aber ablehnte. Damals lernte er auch Karl Marx persönlich kennen, worauf er äußerst stolz war; er korrespondierte mit Marx. 1874 verließ er Leipzig und ging nach Mainz, um dort die Leitung der „Süddeutschen Volksstimme" zu übernehmen. Wie damals mit allen Mitteln versucht wurde für den Marxismus Propaganda zu machen, zeigt uns unter anderem das, was uns Blos über die Aufrechterhaltung dieses Blattes mitteilt.[19]) Der Staatsanwalt war scharf hinter Blos her, den er in einer Rede als einen von jenen Leuten bezeichnete, „die das Proletariat gewerbsmäßig aufhetzen und dafür bezahlt werden" (I, 179). Vom März 1875 an gab Blos in Mainz „auf eigene Rechnung" den „Mainzer Eulenspiegel" heraus, ein humoristisch — satirisches Blatt, das nur einmal wöchentlich erschien.[20]) Er hatte wegen desselben einige Preßprozesse zu bestehen, unter anderem wurde er in einen Prozeß wegen Gotteslästerung verwickelt (I, 187). Einmal mußte er acht Tage wegen Beleidigung der Mainzer Feuerwehr im Gefängnis sitzen. Am 22. Mai 1875 war Blos als Vertreter der Mainzer Sozialdemokraten auf dem Gothaer Vereinigungskongreß. In dem Kampf

[18]) Von allen diesen sozialdemokratischen Führern, Abgeordneten und Redakteuren gibt uns Blos eine eingehendere Charakteristik. Mit den meisten wurde er befreundet und kam auf Grund seiner geistigen Bildung unter ihnen bald zu einem Ansehen. Vergl. u. a. die Schilderung von Bernhard Becker (I, 127 ff.) und Wilhelm Bracke (I, 125 ff) Diese Charakteristiken zeigen uns Blos gewandten Stil am besten, den er sich im Laufe seiner journalistischen Tätigkeit angeeignet hat. Ohne ihn wären seine Denkwürdigkeiten nicht so amüsant zu lesen.

[19]) Vergl. Bd. I, S. 183

[20]) Es konnte sich nicht lange halten.

zwischen Eisenachern und Lassalleanern war er nicht zurückgestanden. Er gibt selber zu, daß er bei jenem Bruderzwist viel mitgesündigt habe (I, 140). Das sozialdemokratische M. d. R. Geib gewann ihn 1875 für das „Hamburg-Altonaer-Volksblatt". Die Arbeiterbewegung in Hamburg machte ihm einen starken Eindruck. Von Hamburg aus unternahm Blos Agitationsreisen nach Schleswig-Holstein. Bei seinem engen Verkehr mit den Arbeitern in Versammlungen und bei Festlichkeiten bildete sich seine Ueberzeugung, daß jede große Bewegung, aller Fortschritt der Zivilisation von der Masse des Volkes ausgehe (I, 201/202).

Der Parteikongreß zu Gotha, im August 1876, übertrug Blos die Reichstagskandidatur für Reuß ältere Linie. Die sehr starke Textilindustrie, die es in diesem „Staate" gab, war ein guter Boden für seine Agitationsarbeit. Die Weber konnte er leicht für die Sozialdemokratie gewinnen. Mit 4052 Stimmen (etwa 10 000 Wahlberechtigte gab es im Fürstentum) wurde er im ersten Wahlgang gewählt. Am 22. Februar 1877 erlebte er seine erste Parlamentssitzung.[21]) Mit seinen 27 Jahren war Blos das jüngste Mitglied des hohen Hauses. Er hat im Reichstag nie viel gesprochen: „Unter den parlamentarischen Gestirnen habe ich nie geglänzt", schreibt er selber (I,230).[22]) Er war auch kein Vergötterer des Parlamentarismus.[23]) Nebenher mußte er sich Geld verdienen, da die Tagegelder der Partei, — etwa RM. 3.— täglich — für den Lebensunterhalt nicht ausreichten. Die Mehrzahl seiner Fraktionsgenossen befand sich in ähnlicher Lage. Er reiste und hielt Versammlungen ab, insbesondere in seinem Wahlkreis, in denen er über die Reichstagsverhandlungen berichtete, da damals „die kleinen und wenig verbreiteten Parteiblätter nur wenig informieren konnten" (I, 238). Während der Reichstagsferien nahm er die redaktionelle Tätigkeit am „Hamburg-Altonaer-Volksblatt" wieder auf. Für die Reichstags-Neuwahl am 30. Juli kandidierte er wieder in seinem ersten Wahlbezirk. Die Agitation gestaltete sich nach den Attentaten von Hödel und Nobiling wesentlich schwieriger. Am 21. Oktober 1878

[21]) Bd. I, S. 216 ff. gibt uns Blos eine interessante Schilderung bekannter Reichstagsmitglieder. In seinem journalistisch gewandtem Stil urteilt er nicht ohne Geschick, hebt wesentliche Züge heraus. Seine Betrachtungen sind teils voreingenommen, teils nicht. Man erhält so ein anschauliches Bild des damaligen Reichstags. Nach den Vertretern der „feudal — bürgerlichen" Welt, schildert er die der „proletarischen Welt". — Man vergleiche damit Robert v. Mohl, Lebenserinnerungen, 2. Bd. Stuttgart 1902, S. 175 ff. und S. 194 ff., der von höherer Warte aus urteilt.

[22]) Vergl. auch Weller a. a. O. S. 121.

[23]) Vergl. oben.

war das Sozialistengesetz in Kraft getreten. Blos verspürte sofort dessen Folgen. Das Weitererscheinen des „Hamburg-Altonaer-Volksblattes" wurde verboten.[24])

Am 28. Oktober wurde der kleine Belagerungszustand über Hamburg, Altona, Wandsbeck und Ottensen verhängt.[25]) Auch Blos erhielt einen Ausweisungsbefehl.[26]) Er reiste mit seiner Frau zunächst nach Mainz. „So ging es nun in eine ungewisse dunkle Zukunft hinein, welche den Kampf ums Dasein aufs äußerste zu erschweren drohte. Der wichtigsten staatsbürgerlichen Rechte beraubt, von der Polizei verfolgt und gequält, von Verrätern belauert und von Spionen umschnüffelt, stets in Gefahr, bei geheimen Zusammenkünften verhaftet und wegen geheimer Verbindung angeklagt zu werden, von ängstlichen Freunden wie mit der Pest behaftet gemieden . . .", heißt es am Schluß des ersten Bandes. Der Versuch in Mainz ein „Demokratisches Wochenblatt" ins Leben zu rufen, schlug fehl. Durch einen Freund fand Blos in Bremen in der Expedition des von Karl Höchberg, dem Geldonkel der Partei,[27]) subventionierten „Sozialpolitischen Korrespondenz" eine Beschäftigung. Wie in anderen Orten hielt die Sozialdemokratie auch hier geheime Versammlungen ab, die „bei einer Baumgruppe, oder inmitten von Hecken, oder zwischen den Deichen" stattfanden. In Bremen nahm Blos seine historischen Studien wieder auf. Er sammelte Material für seine späteren Werke.[28]) Für die auf den 27. Oktober 1881 festgesetzten Neuwahlen zum Reichstag wurde ihm die Kandidatur für den zweiten hamburgischen Wahlkreis angeboten. Er lehnte aber ab, weil er seinem alten Wahlkreis treu bleiben wollte. In letzterem wurde er auch wieder gewählt. Die geheimen Verbindungen wurden trotz aller Polizeikontrolle weiter gepflegt. Blos hielt unter anderem einmal bei einem Tanzvergnügen eine Wahlrede. Die Reußische Polizei ließ sich offenbar leicht hinter's Licht führen.

Am 2. August 1882 erschien in Bremen die erste Nummer des „Norddeutschen Wochenblattes" dessen Schriftleitung man Blos auftrug. Die Gründung eines sozialdemokratischen Blattes unter dem Sozialistengesetz war sicherlich äußerst schwierig. Blos bemerkt hierzu (II, 41): „Wurde eine der vielen geheimen Konferenzen, die in

[24]) Vergl. S. 41 unseres zweiten Abschnittes.

[25]) Der kleine Belagerungszustand über Berlin wurde nicht im Dezember 1879 verhängt, wie Blos irrtümlicherweise angibt (I, S. 253), sondern schon im November 1878. — Vergl. Bruno Gebhardt, Handbuch der deutschen Geschichte, 6. Aufl., 1923, 3. Bd. S. 228.

[26]) Vergl. das Ausweisungsdekret im Anh. des 1. Bd.

[27]) Vergl. unseren 2. Abschnitt, S. 33 ff.

[28]) Vergl. S. 21 dieses Abschnittes.

Hinterstuben bei verschlossenen Türen, im Walde mit ausgestelltem Posten, auf Kegelbahnen und zwischen den Deichen abgehalten werden mußten, von der Polizei überrumpelt und ihr Zweck entdeckt, so war mit tödlicher Sicherheit zu erwarten, daß dem neuen Blatt bei seinem Erscheinen sogleich der Kragen umgedreht wurde."

1883 ließ sich Blos in Cannstatt nieder. In Stuttgart hatte man ihn zur Mitarbeit an der „Neuen Welt", einem schöngeistigen Blatt, eingeladen. Er hatte angenommen, da er sich dadurch pekuniär verbesserte.[29] Im März desselben Jahres beteiligte er sich am Kopenhagener Parteikongreß. Auch bei dieser Gelegenheit wurde die Polizei getäuscht. Die Teilnehmer erfuhren den Ort des Kongresses auf geheimem Wege. Blos entging mit knapper Not einer Verhaftung. Außer für die „Neue Welt", schrieb er auch für die von Karl Kautsky herausgegebene „Neue Zeit", und einige Jahre lang redigierte er allein den „Wahren Jakob".[30])

Blos hat durch seine Agitation in Stuttgart und im Lande Württemberg viel zur Ausbreitung der sozialdemokratischen Ideen beigetragen.[31]) In Berlin wurden Blos und seine Parteifreunde streng beaufsichtigt. Er wurde in eine Menge von Polizeiaffären direkt oder indirekt verwickelt. Daß Blos und seine Freunde unter dem Polizeidruck litten und die ewige Beaufsichtigung sehr unbequem für sie war, ist allzu begreiflich. Er wurde häufig von sogenannten „Lockspitzeln" verfolgt. Dies waren Leute, die der Polizei gegen Bezahlung den Aufenthalt der bekannten Sozialdemokraten und deren Verkehr angeben sollten. Blos ist von ihnen sehr schikaniert worden. Ueber Berlin war damals auf Grund des Sozialistengesetzes der kleine Belagerungszustand verhängt worden. Derjenige, von dem „eine Gefährdung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung anzunehmen oder zu befürchten war", konnte ausgewiesen werden. Allerdings waren die Reichstagsabgeordneten auf Grund eines Reichstagsbeschlusses vor der Ausweisung geschützt. Blos erzählt uns von einigen solchen Lockspitzeleien.[32]) Aber auch die strenge

[29]) Blos hatte häufig mit pekuniären Schwierigkeiten zu kämpfen.

[30]) Dieser war in Hamburg untergegangen und dann in Stuttgart wieder aufgemacht worden. Später blieb Blos Mitarbeiter.

[31]) Ueber die württembergischen Parteiverhältnisse vergl. Bd. II S. 78 ff.

[32]) Vergl. Bd. II, S. 87 ff. — Für seine Angaben über das Lockspitzeltum fehlt uns das Kontrollmaterial. Daß er dabei auch manchmal übertreibt, ist durchaus möglich. Im Allgemeinen wird man ihm aber Glauben schenken können, da seine sonstigen Angaben, für die wir das Kontrollmaterial besitzen, im Großen und Ganzen zuverlässig sind, abgesehen von der parteipolitischen Einstellung des Verfassers.

Vergl. im übrigen Franz Mehring, Geschichte der Deutschen Sozialdemokratie. IV. Bd., Stuttgart 1904, S. 216 ff. Außerdem die Broschüre von Eugen Ernst, Polizeispitzeleien und Ausnahmegesetze, 1878 bis 1910, Berlin 1911.

Polizeiaufsicht konnte nicht verhindern, daß sich die Partei zusammenfand und Zeitungen und Broschüren verteilt wurden.[33])

In Berlin übernahm Blos die Schriftleitung des „Berliner Volksblattes" — des späteren „Vorwärts" — dessen erste Nummer am 1. April 1884 erschien. Sein Reichstagsmandat schützte ihn vor einer Ausweisung. Auch hier mußte Blos „die Fußangeln des Sozialistengesetzes" umgehen, d. h. er mußte bei der Wahl seiner Artikel sehr vorsichtig sein. Die Folge war, daß viele Parteifreunde sich beschwerten, das Blatt sei nicht radikal genug.[34]) Nach Beendigung der Reichstagssitzungen mußte Blos aus der Redaktion scheiden, um nicht ausgewiesen zu werden (II, 109 ff.).

Bei den Reichstagswahlen am 28. Oktober 1884 wurde Wilhelm Blos wieder gewählt. Seine Wähler in Reuß waren ihm treu geblieben. Gleichzeitig war er in Braunschweig-Blankenburg für seinen verstorbenen Freund Wilhelm Bracke als Reichstagskandidat aufgestellt worden. Sein Mandat in Reuß überließ er einem anderen. 1884 war er nach Stuttgart übergesiedelt. Auch dort waren unter dem Sozialistengesetz starke Verwirrungen innerhalb der Partei eingetreten (II, 145 ff.). Anarchisten gewannen Einfluß in der Sozialdemokratie. Blos machte es sich zur Aufgabe, dem Anarchismus entgegenzuwirken. Das zeigt uns wieder seine Besonnenheit.

Bei den „Faschingswahlen" am 21. Februar 1887 unterlag Blos in seinem Braunschweiger Wahlkreis. Da er nicht mehr Parlamentsmitglied war, zog er wieder nach Cannstatt, wo er sich als Junggeselle[35]) einnistete. Er widmete sich nunmehr seiner Lieblingsbeschäftigung, den historischen Studien. Nebenher schrieb er für den „Wahren Jakob" und für einzelne Zeitungen. „Es fehlte damals in der Partei sehr an Journalisten, die stets auf dem Laufenden waren und regelmäßig bestimmte Artikel liefern konnten" (II, 173). Er hatte auch noch Zeit in Württemberg in Versammlungen für seine Partei zu agitieren. Wir erhalten einen Ueberblick über seine mündlich — agitatorische Tätigkeit in Versammlungen[36]), die häufig mit großen Strapazen verbunden war. Aus dem Verzeichnis der Orte, an denen Blos während seiner 40jährigen Parteitätigkeit in Reden für seine Partei wirkte, geht hervor, daß er in dieser Zeit gegen tausend öffentliche oder geheime Versammlungen abgehalten hat. In Stuttgart-Cannstatt allein, wo er mit einer Unterbrechung 30 Jahre weilte, gehen die Versammlungen in die Hunderte. Es sind natürlich

[33]) Vergl. Mehring daselbst S. 217.
[34]) Vergl. den zweiten Abschnitt.
[35]) Er hatte sich nach dem Tode seines 5½jährigen Sohnes von seiner ersten Frau getrennt.
[36]) Im zweiten Band, S. 174/75.

auch historische Vorträge darunter. Hieraus geht hervor, mit welchem Eifer Blos — bei seinen Freunden (Auer, Bebel, Grillenberger, Liebknecht u. a.) mag es ähnlich gewesen sein — für seine Sache warb. Es gehörte eine große Opferfreudigkeit und nicht zuletzt aber auch ein größerer Ehrgeiz dazu. Auf diese Weise war es der damaligen Sozialdemokratie möglich, die Massen zu gewinnen.

Blos' Journalistennatur fiel es nicht schwer volkstümlich zu reden. Volkstümlich sollten auch seine historischen Werke sein. Er hat sich im Laufe seines Lebens intensiv mit historischen Studien abgegeben. Das Studium der großen Revolutionsbewegungen fesselte ihn am allermeisten. Er schrieb eine Geschichte der französischen Revolution[37]) und eine solche der deutschen Revolution von 1848.[38]) Ferner gab er den „Großen Bauernkrieg" von Zimmermann neu heraus. Er schrieb diese Werke, um in der größeren Masse des Volkes historisches Wissen zu verbreiten,[39]) und wir dürfen nicht vergessen, daß der Verfasser von der Berechtigung der materialistischen Geschichtsauffassung durchdrungen war. Er sieht und erklärt die historischen Vorgänge von diesem einseitigen Gesichtspunkte aus.[40]) Die Geschichte wird nach ihm vom Klassenkampf beherrscht. Der Staat hat nur den Zweck die Herrschaft der einen Klasse über die andere zu sichern. Die Bedeutung der Persönlichkeit bei der historischen Entwicklung leugnet Blos im wesentlichen, dafür deutet er diese nach wirtschaftlichen Vorgängen usw. .

In Württemberg kam Blos sehr häufig mit alten Achtundvierzigern zusammen. Aus den beiden letzten Kapiteln seiner Denkwürdigkeiten geht hervor, wie zahlreich seine Beziehungen zur geistigen Welt waren.[41]) Seine geistige Bildung verschaffte ihm seine angesehene Stellung in seiner Partei.[42]) Man kann Blos zu

---

[37]) Wilhelm Blos, Die französische Revolution (1789 bis 1804), Berlin 1923.

[38]) Wilhelm Blos, Die deutsche Revolution, Geschichte der deutschen Bewegung von 1848 und 1849, Stuttgart 1893.

[39]) Vergl. seine Geschichte der deutschen Revolution daselbst S. 4.

[40]) Vergl. seine Geschichte der deutschen Revolution a. a. O. S. 82.

[41]) Mit Hippolyte Carnot (dem 2. Sohn des berühmten Organisators des französischen Revolutionsheeres) und dem badischen Revolutionsgeneral Franz Sigel, dessen Denkwürdigkeiten er 1902 herausgab, stand er in Briefwechsel. Meistens sind es aber demokratische Dichter und Schriftsteller, mit denen Blos in geistigen Austausch trat: Ludwig Pfau, Ludwig Walesrode, Theobald Kerner (der Sohn von Justinus Kerner), Karl Mayer, (Sohn des Dichters Karl Mayer) u. a. Die Letzteren sind alle nur von literarischem Interesse. Ihr Verständnis für die Bewegung des Proletariats vor allem brachte Blos mit ihnen zusammen. Man vermißt ein tieferes Eingehen auf diese Persönlichkeiten. Ein Journalist schildert uns skizzenhaft seine Begegnungen.

[42]) Vergl. oben S. 16, Anm. 40.

den „Intellektuellen“ seiner Zeit rechnen, aber eine tiefere geistige Bildung muß man ihm absprechen.

Mit der Erwähnung des Falles des Sozialistengesetzes schließen die Denkwürdigkeiten. Bis dahin — bis in das Jahr 1890 — haben wir das Leben von Wilhelm Blos nach seinen eigenen Aufzeichnungen verfolgt. Wir haben das Bild eines Agitators der Sozialdemokratie erhalten, der, durch die harten Verfolgungen unter dem Sozialistengesetz nicht entmutigt, als Journalist und populärer Redner alles unternahm, um die Arbeiter für die marxistischen Ideen zu gewinnen. Blos handelte als Parteimann — wenn auch, wie gesagt, als gemäßigter — der sich bei seiner Agitation unter den Arbeitern wohl bewußt war, daß er diese damit vom Staate abzieht. Blos gehörte zu den intellektuellen Führern der Sozialdemokratie, die die Arbeiter unterwarfen und deren reinen Aufstiegswillen in einen starren Haßgeist gegen das herrschende System des Staats und die bürgerliche Gesellschaftsordnung umfälschten, in einen Haßgeist, „der sich so leicht zu einem nihilistischen Zerstörungsdrange steigern ließ.“[43]) Bei ihm trifft zweifellos auch zu, was Winnig[44]) von dem „Intellektuellen“ sagt, daß er ein entwurzelter Bürger war, ohne Werk und Aufgabe.

Blos hatte es im bürgerlichen Leben zu keiner Existenz gebracht. Er hatte — wie wir gesehen haben — den Lebenshalt verloren und wurde so von der „entfesselten Leidenschaft“ marxistischer Gedanken fortgerissen. Er hatte, worauf schon einleitend hingewiesen wurde, eine leichte Auffassung vom Leben. Seine oft sehr anzüglichen Bemerkungen über Frauen und die häufige Erwähnung des Stammtisches fallen dem Leser der Denkwürdigkeiten sofort ins Auge. Hat man denn schon jemals in historischen Denkwürdigkeiten solche Ausdrücke wie die folgenden gelesen?! „Sie verabschiedete sich fast zärtlich und ging trällernd an meiner Tür vorüber von dannen.“ (Bd. I, S. 189). Oder: „Eben war der Beifall verklungen, der dem Trinkspruch eines Freundes gefolgt war — da wurde plötzlich das Gas ausgedreht, weiche Arme umschlangen mich in der Dunkelheit

[43]) Vergl. August Winnig, Vom Proletariat zum Arbeitertum, Hamburg 1930. Winnig, der bis 1919 der Sozialdemokratie angehörte, sich aber auf Grund seiner tiefen Erkenntnisse stets über dem Parteigetriebe hielt — weshalb er auch aus der Partei austreten mußte — setzt darin in sehr imponierender Weise die Schäden der sozialdemokratischen Agitation auseinander. Er bedauert u. a. mit vollem Recht, daß der deutsche Arbeiter nicht wie der französische und englische, in die nationale Lebensordnung hinein —, sondern an ihr vorbeigewachsen sei. Die Schuld gibt er den intellektuellen Führern der Sozialdemokratie, die meistens aus reinem Ehrgeiz, die Arbeiter zur feindseligen Vereinigung des Staates verführten. Vgl. auch oben S. 15.

[44]) Ebenda S. 96.

und ein feuriger Kuß brannte auf meinen Lippen". (I, S. 138) „Da ging es toll her; wir exekutierten am hellen Tage einen Salamander auf dem Pflaster des Marktplatzes. Holtz (ein Freund von Blos) verwundete verschiedene Mädchenherzen in Ueberlingen schwer, ich aber schwänzte die ganze Zollamtsschreiberei acht Tage lang." (I,59) — „Nun schob man das mit scheuen Blicken sich betrachtende Ehepaar (Johann Most und seine Frau) in ein Nebenzimmer, um sich auszusprechen, während wir beim Kaffee saßen. Bald hörte man, wie die Tür von innen verriegelt wurde, und nach einer Stunde kam das Paar seelenvergnügt Arm in Arm heraus." (I,254).

Diese Entgleisungen, denn als nichts anderes sind diese Aeußerungen zu bezeichnen, schmälern den ästhetischen Wert des Werkes und nicht zuletzt werfen sie auf den Verfasser ein schlechtes Licht. Sie gehören einfach nicht in „Denkwürdigkeiten".[45]) Sie sind kennzeichnend für die materialistische Einstellung eines Marxisten.

Blos bekennt sich an vielen Stellen seines Werkes offen zur Negation des Staates. Bei seinem Urteil über die damalige Regierungspolitik, bei seiner Stellungnahme zum damaligen Staat und im allgemeinen auch in seinem Urteil über geschichtliche Persönlichkeiten, insbesondere über Bismarck, ist er echter Marxist. Bei einer Durchsicht der Denkwürdigkeiten muß auffallen, daß vom Staat überhaupt nie die Rede ist, geschweige denn von staatlichen Notwendigkeiten. Nie spricht Blos von dem als Staatsmann handelnden Bismarck, sondern stets von dem „Junker" Bismarck, der nur für seine „Klasse" etwas übrig hat. Die Allgemeinheit, von der Blos spricht, ist nur die Arbeiterschaft, das Proletariat, der vierte Stand, eine „Klasse". Er erkennt nur Notwendigkeiten für diese Klasse und nicht für den ihr übergeordneten Staat. Nirgends in seinen Denkwürdigkeiten ist ein Anhaltspunkt dafür vorhanden, daß der Verfasser einmal über den tieferen Sinn des Staates oder der

[45]) Eher würden sie schon in seinen sozialpolitischen Roman aus der Zeit des Sozialistengesetzes passen („Die Geächteten", Frankfurt 1907), der heute eigentlich der Erwähnung nicht mehr wert wäre, wenn er nicht zur Charakteristik seines Verfassers dienen würde. Ohne große Hemmungen schildert Blos darin die Leiden der Verfolgten und Geächteten, wobei es ihm sicherlich gelungen ist, bei den Lesern Sentimentalität zu erregen. Im übrigen decken sich einige Stellen in diesem Roman völlig mit solchen in den Denkwürdigkeiten. Der Journalist hat es verstanden einen populären Roman zu schreiben. Ein literarisches Niveau wird man diesem Roman, der jetzt wohl auch kaum mehr gelesen wird, absprechen müssen.

Gemeinschaft nachgedacht haben könnte.[46]) Es ist dies umso auffallender, als Blos später einen Sinn und Blick für staatliche Notwendigkeiten bewies. Selbst über den von der Sozialdemokratie in Aussicht gestellten „Zukunftsstaat" machte er sich keine Gedanken. Dies zeigt seine Aeußerung (I, 103): „Wie der „Zukunftsstaat" im Detail aussehen wird, darum habe ich mich nie gekümmert. Ein alter Sozialphilosoph sagte mir einmal: „Wenn das Kind nur erst da ist, ein Gesicht wird es schon haben.""

Der Blos der Denkwürdigkeiten ist in seinem Urteil über damalige politische Geschehnisse parteipolitisch befangen.[47]) Die der Sozialdemokratie schon häufig genug nachgewiesene Verkennung staatlicher Notwendigkeiten findet sich bei ihm aufs Neue bestätigt. Ausführlicher braucht auf diese Dinge nicht eingegangen zu werden, da wir bei Blos hierüber nichts wesentlich Neues erfahren.[48]) Bemerkenswerte Einzelheiten sollen in einem Anhang behandelt werden.

Auf der andern Seite muß Blos unbedingt zugute gehalten werden, daß er später zur Mitarbeit am Staate bereit war. Als nach dem Fall des Sozialistengesetzes Streitigkeiten zwischen den Gemäßigten und Radikalen in der Sozialdemokratie ausbrachen, stellte er sich bewußt auf die Seite der ersteren. Er zog sich damals vom Parteileben zurück, beschäftigte sich mit journalistischer und literarischer Arbeit, in der Hauptsache mit historischen Studien.[49]) 1914 hielt er die Ablehnung der Kriegskredite für ein Verbrechen an Volk und Vaterland. Er war später ein Gegner revolutionärer Kraft phrasen. Blos wehrte sich gegen den Vorwurf des Auslandes, die deutschen Sozialdemokraten hätten im Jahre 1914 (bei Kriegsbeginn) die Fahne der Internationale verlassen. „Es war von jeher die

[46]) Vergl. über Bismarck als Sozialpolitiker und Staatsmann: „Zu Bismarcks Gedächtnis", von Gustav Schmoller, Max Lenz und Erich Marcks, Leipzig 1899.

[47]) Vergl. seine Stellungnahme zur Frage der Dampfersubvention bezw. Kolonialpolitik (II, 29 und 124) und zur Sozialreform von 1884 II, 29 ff.). Vergl. außerdem den Anhang.

[48]) Seine Aufzeichnungen hierüber können höchstens als Ergänzung zu denen Bebels, (die nur bis in das Jahr 1882 reichen) und Mehrings gelten.

[49]) Vergl. sein Werk „Von der Monarchie zum Volksstaat" a. a. O. Bd. I, 7 ff. und Weller, a. a. O. 122 ff.

Schwäche unserer Partei sich vom Ausland über Gebühr imponieren zu lassen. Diesen Urfehler müssen wir uns abgewöhnen. . . ." „Ich gestehe offen, daß ich zu den Sozialisten gehöre, die zuerst Deutsche sind." Er wurde wegen dieser Einstellung heftig angegriffen.[50])

Trotzdem hatte er sich ein großes Ansehen in seiner Partei erworben. Das zeigte sich, als man ihm beim Ausbruch der Revolution in Württemberg im November 1918 die provisorische Regierung und nachher, im März 1919, die Staatspräsidentenschaft übertrug. Als Leiter des Staates hat Wilhelm Blos stets die Gesamtheit vor Augen gehabt.[51]) „Blos hat den württembergischen Staat während seiner Staatspräsidentenschaft besonnen und zielbewußt geleitet und seiner Persönlichkeit ist es guten Teils zuzuschreiben, wenn im Lande nach der furchtbaren Erschütterung die staatliche Zucht und Ordnung bald wieder notdürftig hergestellt war und es vor weiteren schweren Störungen, ja vor zeitweiliger Bolschewisierung bewahrt blieb".[52]) Blos mußte häufig Widerstände seiner Partei überwinden, die seine Regierungstätigkeit stark kritisierte.[53]) Sie berief ihn im Frühjahr 1920 von der Regierung ab. Blos starb am 6. Juni 1927 im Alter von 77 Jahren.[54])

[50]) Vergl. auch seine 1916 erschienene Schrift „Die neue Aera" in der er die nach dem Kriege sich einstellenden wirtschaftlichen Probleme erörtert.
Mit anerkennenswerter Sachlichkeit und feinem Verständnis ist die Biographie seines Parteifreundes Karl Grillenberger geschrieben („Lebensläufe aus Franken", hgg. v. Anton Chrust, München und Leipzig 1919). S. daselbst Bd. I, 126 ff. — Man sollte nicht meinen, daß der Autor dieser Biographie und der der Denkwürdigkeiten ein und derselbe ist. Ein bürgerlicher Autor hätte kaum anders geschrieben. Von allen seinen historischen Arbeiten ist sie sicherlich die reifste.

[51]) Eine solche Handlungsweise wurde ihm wohl auch durch die Natur der Dinge auferlegt. Damit gliederte er sich wieder in die „bürgerliche Sphäre" ein, die er als Agitator verlassen hatte.

[52]) Weller, a. a. O. S. 318.

[53]) Von der Monarchie zum Volksstaat, Bd. II, 28.

[54]) Vergl. zu seinem Tod „Schwäb. Chronik" Nr. 309 (1927) und Staatsanzeiger f. Württemberg" Nr. 155 (1927).

Die Wirkungen des Sozialistengesetzes auf die Sozialdemokratie.

Blos konnte die Auswirkungen des Sozialistengesetzes in seiner Partei aus nächster Nähe betrachten, da er ja selber — wie wir oben gesehen haben — unmittelbar von diesem Gesetz betroffen wurde. Was er hierüber berichtet, finden wir bei Mehring[55]) und Bebel[56]) bestätigt. Blos ist auch hier, wie überhaupt bei fast allen seinen Aufzeichnungen, nicht ausführlich genug. In der Kürze und gewissen Oberflächlichkeit zeigt sich der Zeitungsschreiber. Immerhin bilden seine Aufzeichnungen durch die persönliche Note eine wertvolle Ergänzung zu denen der beiden genannten Autoren. Auch hier, wie in den ganzen Denkwürdigkeiten, schreibt Blos mit großer Offenheit, die wir anerkennen müssen.[57])

Es ist nur zu begreiflich, daß Blos immer wieder behauptet — bei Mehring und Bebel finden wir seine Auffassung von diesen Dingen bestätigt — Bismarck habe mit dem Sozialistengesetz nur erreicht, daß die Sozialdemokratie stärker geworden sei (II, 3 ff.). Die harten Verfolgungen durch das Sozialistengesetz, über die er mit einem gewissen, teils berechtigten Stolz berichtet, hätten den Arbeitern das Gefühl von der Berechtigung und Unbesiegbarkeit ihrer Bewegung nicht nehmen können. Er schreibt wörtlich: „Bismarck mußte die Erfahrung machen, daß er mit seinem Sozialistengesetz nicht nur der Sozialdemokratie, sondern der ganzen Arbeiterklasse Wunden schlug und damit die Klassengegensätze schärfte. Der Staat mußte so den Arbeitern immer mehr als feindselige Macht erscheinen und sie von sich abdrängen. . ."[58]) „Da er (Bismarck) aber eine in den Zeitverhältnissen selbst wurzelnde neue Macht vernichten wollte, so verlief der Kampf ganz anders als er sich ihn vorgestellt hatte." Je gehässiger die Aechtung und Verfolgung gewesen, umso

[55]) Vergl. a. a. O. Bd. 4, S. 155 ff.
[56]) August Bebel, Aus meinem Leben, Bd. 3, Stuttgart 1914, S. 17 ff.
[57]) Vergl. unsere Schlußbetrachtungen.
[58]) Es wird den Agitatoren sicherlich nicht schwer gefallen sein den Staat, der sie mit diesem Ausnahmegesetz verfolgte, den Arbeitern als feindselige Macht hinzustellen. Vergl. den Schluß dieses Abschnitts.

schneller sei die Partei gewachsen (II, 4 ff.). Selbstverständlich lag die Arbeiterbewegung in der Zeit. Der starke Aufschwung der Sozialdemokratie ist aber vor allem auf die damals mächtig fortschreitende Industrialisierung zurückzuführen.[59])

Dieses wichtige Moment hebt Blos nicht genügend heraus. In zweiter Linie allerdings, aber erst in zweiter Line, verdankt die Sozialdemokratie ihren Aufschwung ihrer heftigen Agitation, die ihr aber nur infolge des Anwachsens des Proletariats erleichtert wurde, und schließlich der Wucht des sozialistischen Utopismus.[60]) Die Masse der Arbeiter schenkte den durch die intellektuellen Führer der Sozialdemokratie — zu denen auch Blos gehörte — verkündigten sozialistischen Ideen blindlings Glauben.[61]) — Blos möchte das Martyrium, das die Verfolgten unter der Herrschaft des Sozialistengesetzes zu erdulden hatten, möglichst stark herausstreichen und bezeichnet die Zeit des Sozialistengesetzes als das „Heldenzeitalter" der Sozialdemokratie. Aber er verrät dabei doch, daß dieses Martyrium manchmal sehr unbequem war. Er behauptet nicht nur, daß das Sozialistengesetz seine Partei gestärkt habe, sondern vor allem auch, daß die Sozialdemokratie durch das Sozialistengesetz erst recht zusammengeschweißt worden sei. Letztere Behauptung scheint jedoch weit übertrieben. Verfolgt man seine Angaben über die Wirkungen des Sozialistengesetzes genau, so gewinnt man eher den Eindruck, daß die Streitigkeiten und Wirren in der Partei unter der Herrschaft des Gesetzes größer und schädlicher denn je waren. Bei Mehring und Bebel erhält man denselben Eindruck. Blos selber war Augenzeuge dieser nachteiligen Folgen des Ausnahmegesetzes. Deshalb sind seine Auslassungen hierüber für den Historiker ganz besonders wertvoll.

In Hamburg war auf Blos' Vorschlag an Stelle des durch das Sozialistengesetz verbotenen „Hamburg-Altonaer Volksblattes" die „Gerichtszeitung" ins Leben gerufen worden, deren Schriftleitung Blos übernahm. Er hatte dabei nicht nur innerhalb der Redaktion Schwierigkeiten zu überwinden; die Einwirkungen von außen waren wesentlich unangenehmer für ihn. Sie waren eine Folge des Sozialistengesetzes. Er wurde von Parteigenossen häufig heftig kritisiert. Auf seine bedrängte Lage sei keine Rücksicht genommen worden.

[59]) Im Jahre 1878, beim Erlaß des Sozialistengesetzes zählte die Sozialdemokratie 437 000 Stimmen, im Reichstag saßen 9 Abgeordnete; 1881 hatte sie nur noch 311 000 (Wirkung des Sozialistengesetzes); 1848 aber schon 550000, 24 Mandate und 1890, beim Fall des Sozialistengesetzes 1 427 000, 35 Mandate. Vergl. Fritz Specht, Die Reichstagswahlen von 1867—1897, Berlin 1898.

[60]) Vergl. Wahl, a. a. O. Bd. 1.

[61]) Vergl. Winnig a. a. O.

Er mußte natürlich stets bestrebt sein, gemäßigte Artikel zu schreiben, die auf Grund der Bestimmungen des Sozialistengesetzes nicht bestraft werden konnten. Nur so war es möglich, Parteiorgane, die trotz des Ausnahmegesetzes bestanden, weiter zu führen. Viele Sozialdemokraten hatten dafür kein Verständnis und behaupteten, das Blatt könnte „radikaler" sein. Dadurch wurde den Redakteuren ihre Tätigkeit sehr erschwert. Es gab auch allerlei kleine Intrigen. Der eine warf dem andern Feigheit vor, usw. Durch die andauernden Verfolgungen erbittert, verlangten die Leute eine schärfere Einstellung der Parteiblätter. Bebel[62]) schreibt in einem Brief an seinen Fraktionsgenossen Vollmar: „In Bezug auf die Haltung des Blattes („Sozialdemokrat") rate ich zum entschiedensten Ton; die Stimmung unserer Leute gravitert immer mehr nach links. Die fortgesetzten Maßreglungen und die Erneuerung des Belagerungszustandes (über Berlin) erbittern aufs höchste, und dieser Erbitterung verlangen sie Ausdruck zu geben." Die Parteileitung hatte schon vor dem Inkrafttreten des Sozialistengesetzes ihre Auflösung bekannt gegeben. Die Folge war, daß eine große Verwirrung eintrat. Mehring[63]) schreibt hierüber: „So fehlte jede Leitung, während sich von allen Seiten vernichtende Schläge über die Partei entluden; was Wunder, daß mancherlei Unsicherheit und Verwirrung in ihren Reihen einriß." Auch Bebel erwähnt, daß vielfach Niedergeschlagenheit und Tatlosigkeit herrschte.[64]) „Es bedurfte zahlreicher geheimer Zusammenkünfte und Versammlungen und energischer Agitation, um die mutlos gewordenen aufzurichten und zu erneuter Tätigkeit anzuspornen." Die Verbindungen gingen verloren, viele verließen die Partei, weil die Erduldungen sie pessimistisch gemacht hatten. (I, 252)

Infolge des Ende November 1878 auf Grund des § 28 des Sozialistengesetzes über Berlin verhängten „kleinen Belagerungszustandes" waren 67 Sozialdemokraten aus Berlin ausgewiesen worden. Die meisten begaben sich nach Hamburg, wo ihnen eine Unterstützung zu teil wurde. Auch das gab Anlaß zu Differenzen. „Alles

---

[62]) a. a. O. S. 86. Der Brief ist vom 30. Nov. 1879.

[63]) a. a. O. S. 158. — Der plötzliche Tod von August Geib, einem beliebten Führer der Partei, wurde von allen Seiten gerade unter dem Sozialistengesetz sehr schmerzlich empfunden. Geib befand sich in der Parteileitung — damals noch in Hamburg — und hatte noch vor seinem Tode die Parteileitung aufgelöst. (Natürlich um einer Auflösung durch die Polizei zu entgehen). Im ersten Band (S. 256) gibt Blos an, daß bei Geibs Beerdigung in Hamburg „wohl 50 000 Menschen" im Zuge gegangen seien und „mehr als Hunderttausend" auf den Straßen Spalier gebildet hätten. Er übertreibt hier bei den Zahlenangaben. Mehring (Bd. IV, S. 168) und Bebel Bd. III, S. 34/35) zählen das Trauergefolge nur auf 30 000 Menschen.

[64]) Ebenda S. 24.

war voll Grimm und Groll und Krakehler gab es auch" (I, 253). In Bremen planten die dortigen Sozialdemokraten die Gründung eines Arbeiterblattes.[65]) Auch hierbei wurden sie durch Zwistigkeiten unter Parteigenossen, namentlich von solchen, die aus Berlin und Hamburg ausgewiesen worden waren, gehindert. Blos schreibt (II, 41), daß diese Leute die Erbitterung, die sie wegen ihres Schicksals empfanden, gegen ihre Gesinnungsgenossen statt gegen den eigenen Feind gekehrt hätten. Der ungeheure Druck, mit dem das Sozialistengesetz auf den Sozialdemokraten lastete, und die anscheinende Unmöglichkeit, sich in absehbarer Zeit davon zu befreien, rief eine verzweifelte Stimmung hervor und erweckte in einzelnen sogar anarchistische Neigungen. — Das Sozialistengesetz förderte auch die Bildung von Gruppen und Kliquen innerhalb der Partei „und ließ den Intrigen mehr Spiel, als bei einer öffentlichen Parteiorganisation möglich gewesen wäre."

Aus diesen Aeußerungen von Blos ergibt sich deutlich, daß das Sozialistengesetz eben doch nachteiliger auf die Sozialdemokratie gewirkt hat als schlechthin angenommen wird. Schon die reine Tatsache, daß die Partei aufgelöst wurde, die öffentliche Organisation also fehlte, bewirkte, daß der Zusammenhang verloren ging und die Leute keinen Ueberblick mehr gewinnen konnten. Es kamen die Verbote von Versammlungen, Druckschriften und die fortwährenden Verfolgungen hinzu. Das Resultat war, daß viele verwirrt und mutlos wurden und ihre Partei verließen. Ein Beweis hierfür ist, daß die Sozialdemokratie bei den Reichstagswahlen 1881 merklich weniger Stimmen erhielten als im Jahre 1878, vor dem Erlaß des Sozialistengesetzes.[66]) Die Streitigkeiten innerhalb der Sozialdemokratie nahmen oft ein bedenkliches Maß an. Während der ganzen Dauer des Sozialistengesetzes stritt man sich über das Maß des Vorgehens bei der Agitation. Vielen war, wie schon gesagt, die Haltung der Partei nicht radikal genug. Die Stimmung war begreiflicherweise sehr gereizt.

Bei der Frage der Dampfersubvention tritt die gegenseitige Anfeindung am allerdeutlichsten zu Tage. Wenn die dadurch hervorgerufenen Streitigkeiten später auch wieder nachließen, so zeigen sie immerhin, daß die Zustände unter dem Sozialistengesetz doch oft sehr bedenklich waren. Blos geht mit Absicht ausführlich auf die „Dampfersubventionsaffäre" ein,[67]) „weil sie einen tiefen Blick in das innere Parteigetriebe tun läßt". (II, 134). Blos war direkt an

[65]) Es erschien als „Norddeutsches Wochenblatt" zum erstenmal am 2. August 1882.

[66]) Vergl. S. 27, Anm. 59 (Specht).

[67]) Bd. 2, 123 ff.

dieser Sache beteiligt. Es ist das einzige Kapitel seiner Denkwürdigkeiten, in dem er mit Ausführlichkeit schreibt.[68])

Im November 1884 verlangte die Regierung für 15 Jahre einen jährlichen Betrag von 5½ Millionen Mark, um nach Ostasien, Australien und Afrika regelmäßige Postdampferverbindungen einzurichten.[69]) Die Sozialdemokratie war von Anfang an ein grundsätzlicher Gegner der von Bismarck damals begonnenen Kolonialpolitik. Sie hatte nach ihrer Ansicht ja nur den Zweck „einzelnen Kapitalistengruppen die Möglichkeit neuer Profite zu schaffen". Die Partei hielt die Kolonien außerdem für unrentabel.[70]) Aus dieser Einstellung zur Kolonialpolitik entstand in der Reichstagsfraktion der heftige Streit um die Dampfersubvention, der für das innere Parteileben so nachteilige Folgen hatte, ein Streit, der damals wohl nicht so sehr nach außen gedrungen und heute von Interesse ist, weil er, wie gesagt, die inneren Zustände in der Sozialdemokratie unter dem Sozialistengesetz grell beleuchtet. Wir müssen deshalb ausführlicher auf diese Verhältnisse eingehen.

So weit die erwähnte Forderung der Regierung der Kolonialpolitik Bismarcks dienlich sein konnte, war die sozialdemokratische Fraktion einstimmig dagegen. Jedoch herrschte über die Dampferlinien eine gespaltene Meinung.[71]) Eine durch Auer, Dietz, Frohme, Grillenberger, vertretene Mehrheit, zu der auch Blos gehörte, war der Meinung, daß einzelne der vorgeschlagenen Dampferlinien mit der Kolonialpolitik nicht zusammenhingen. Sie hätten nur den Zweck, den internationalen Verkehr und damit die Werke des Friedens zu fördern, was auch im Interesse des Proletariats liege. Die Minderheit war gegen die ganze Vorlage. Sie meinte, man dürfe den deutschen Steuerzahlern keine solche Last auferlegen, durch die der Seehandel gar nicht gefördert werde; dieser sei ohne Subvention (staatliche) groß geworden. „Innerlich hänge die Dampfersubvention ja doch mit Bismarcks Wirtschaftsreformen zusammen; sie würden unerträgliche Tarifbildungen und Krisen im überseeischen Handel mit sich bringen." (II, 126/27).

Nach Mehring suchte die Mehrheit der Fraktion alle „Hintergedanken", die Bismarck bei der Dampfersubvention haben mochte,

[68]) Aber auch über diese Frage berichtet Mehring eingehender (a. a. O. 266 ff.). Wir haben sogar feststellen können, daß Blos von Mehring abgeschrieben hat. Vergl. unseren dritten Abschnitt.

[69]) Vergl. Drucksachen des Reichstags 1884/85 (6. Leg. Periode, 1. Session) Nr. 16 und Nr. 208 (Begründung der Vorlage). Ferner die Sitzungsberichte vom 1. Dez. 1884 und 12.—17. März 1885 (6. Leg. Periode, 1. Session).

[70]) Vergl. über diese Einstellung der Sozialdemokratie den ersten Abschnitt.

[71]) Vergl. Mehring, a. a. O.

zu vereiteln. Bismarck habe den Bremer Handel mit Ostasien und Australien zu ungunsten Hamburgs bevorzugen wollen, welches damals den Handel mit diesen Gebieten fast ganz an sich gezogen habe. Durch die Bevorzugung Bremens, d. h. des Bremer Lloyd wäre auch das Hamburger Proletariat geschädigt worden, das seine Interessen geltend machte. „Als das größte Reedereigeschäft Deutschlands konnte der Bremer Lloyd sofort eine große Flotte älterer Schiffe einstellen, dagegen mußte die Hamburger Reederei, wenn ihr die neuen Linien übertragen wurden, neue Schiffe bauen, womit dem damals zu vielen Tausenden brotlosen Schiffsbauern Arbeit geschafft worden wäre.“[72])

Aus dieser Erwägung heraus entschloß sich die Mehrheit, für die ostasiatische und die australische Linie — für diese mit Ausnahme der Samoalinie — zu stimmen und „indem sie immer die Forderung der Kolonialpolitik vermied,“ die afrikanische und die Samoalinie abzulehnen. Sie machte ihre Zustimmung davon abhängig, daß die neuen Schiffe, Dampfer ersten Ranges sein und auf deutschen Werften gebaut werden müßten[73]), ferner wollten sie die ganze Vorlage ablehnen, wenn die letzte Bedingung abgelehnt, oder eine der zurückgewiesenen Linien (die Afrika- oder Samoalinie) vom Reichstag bewilligt werden sollte. Aber der Reichstag lehnte die sozialdemokratischen Anträge ab und nahm Bismarcks Vorlage an, weshalb die sozialdemokratische Fraktion in der dritten Lesung geschlossen gegen die ganze Dampfersubvention stimmte.[74])

(Die späteren Schiffe der Dampferlinien wurden auch auf deutschen Werften gebaut. Dafür wurden dann auch Tausende neuer Schiffszimmerleute benötigt. Die Regierung tat also damit etwas für das Proletariat. Im übrigen haben diese Linien zweifellos günstig auf Handel und Verkehr eingewirkt — Mehring gibt das selber zu — ganz besonders auf den Personenverkehr, welcher von allen Nationen gerühmt wurde.)

Aus dem Angeführten kann man entnehmen, daß trotz der verschiedenen Ansichten, eine grundsätzliche Meinungsverschiedenheit innerhalb der sozialdemokratischen Fraktion noch nicht vorhanden war. Dennoch erregte der Zwischenfall ernste Streitigkeiten in der sozialdemokratischen Partei, die — nach Mehring — heftigsten, die überhaupt vorgekommen sind, seit das Sozialistengesetz bestand.

---

[72]) Mehring, a. a. O.

[73]) Eine durchaus gute Anregung, die Bismarck auch anerkannte, nur in der vorliegenden Form ablehnte. Vergl. Reichstagsverhandlungen vom 12. März 1885 (6. Leg. Per. 1. Session) S. 1778.

[74]) Vergl. Max Schippel, Sozialdemokratisches Reichstagshandbuch, Berlin 1902, S. 339.

Aus dieser Stellungnahme der Sozialdemokratie geht übrigens deutlich hervor, wie diese sich damals nur von Parteigrundsätzen leiten ließ! Vergl. hierzu unseren 1. Abschnitt.

Die Debatten in der Fraktion waren sehr hitzig. Bei Beginn der Fraktionsverhandlungen hielt Bebel den Jüngeren, d. h. der Majorität eine schmetternde Rede. Blos beantragte — als einer der Jüngeren — eine Beschränkung seiner Redezeit. Im „Sozialdemokrat" erschienen Artikel für und wider die Subvention, die schließlich doch noch eine Prinzipienfrage wurde. „Schon vor der entscheidenden Abstimmung im Reichstag waren verschiedene Proteste gegen die Haltung der Mehrheit der Fraktion eingegangen, die meist von den deutschen Sozialisten im Auslande kamen. Sie wurden im „Sozialdemokrat" veröffentlicht. Zuerst protestierte die Züricher Mitgliedschaft der Partei, welcher sich der „Sozialdemokrat" anschloß; dann die deutschen Sozialisten in Bern, London, Kopenhagen und Brüssel." (Blos II, 129). Auch aus Deutschland kamen Proteste[75]) Die Fraktion wehrte sich in einer Erklärung vom 20. März 1885 gegen diese Vorwürfe.[76]) Sie verbat sich diese Angriffe als durchaus ungehörig; sie hielt eine derartige Kritik für eine schwere Schädigung der Parteiinteressen. „Nicht das Blatt (gemeint ist der „Sozialdemokrat") ist es, welcher die Haltung der Fraktion zu bestimmen, sondern die Fraktion ist es, welche die Haltung des Blattes zu kontrollieren hat."

Diese Erklärung rief neue Stürme hervor; es folgten erregte Kundgebungen von Parteigenossen. Frankfurter Mitglieder protestierten gegen die „diktatorische Maßregelung" durch die Fraktion und gegen den „Sumpf des Parlamentarismus", in den die revolutionäre Arbeiterbewegung nicht geraten dürfe.[77]) Die Abgeordneten wurden als „Mitkommödianten" bezeichnet, weil sie Vertreter in den Seniorenkonvent geschickt hatten. Daß die Fraktion den Inhalt des Parteiorgans zu kontrollieren beanspruche, sei eine grenzenlose Ueberhebung. Hinter der Frankfurter Erklärung scheint nicht die ganze dortige Partei gestanden zu haben. Der Parteigenosse Frohme erließ nämlich eine Gegenerklärung „gegen die unerhörten Anmaßungen einer Krakeelerklique." Bebel tadelte Frohme und behauptete, die Erklärung sei von wohlgezählten 90 Männern verfaßt worden und zwar seien im wesentlichen die ältesten Parteigenossen Frankfurts daran beteiligt gewesen. (Blos II, 132/34)[78]). Zwischen Fraktion und Redaktion wurde jedoch eine Einigung erzielt. Die Fraktion erkannte den „Sozialdemokrat" als

[75]) Blos stimmt in seinen Angaben fast wörtlich genau mit Mehring (IV, S. 267) überein. Vergl. dazu unseren 3. Abschnitt.
[76]) Abgedruckt bei Blos, Bd. II, S. 129/130.
[77]) Mehring a. a. O.
[78]) Blos meint, Bebel habe damals den geringsten Schimmer von gemäßigter Gesinnung vermeiden wollen. — Der Ton, in dem die genannten Erklärungen gehalten wurden, war ein äußerst scharfer.

Organ der Gesamtpartei an und nicht der Fraktion. Die Redaktion gab ihrerseits zu, daß die Fraktion, solange sie unter dem Kriegszustande des Ausnahmegesetzes zu leiden habe, unbedingt auf die Unterstützung aller Genossen sehen müsse. Freiheit der Kritik müsse aber obwalten[79]).

Das war nur ein äußerliches Aufhören der Streitigkeiten. „Bis in die Spalten der bürgerlichen Presse spann sich die Fehde fort." Erst nach Monaten trat Ruhe ein. „Sucht man nach den Ursachen dieser Erscheinung," schreibt Blos (II, 130), „so sind sie in letzter Linie im Sozialistengesetz zu erblicken." Die Gereiztheit war durch den starken Druck des Sozialistengesetzes verursacht. Unter diesem Druck regte sich immer wieder die Befürchtung, daß sich die Fraktion zu weit mit den bürgerlichen Parteien einlassen könnte.[80])

Viele Leute in der Partei waren der Meinung, man müsse gleiches mit gleichem vergelten, also auch nicht im geringsten zu Kompromissen geneigt sein. Gerade die ältesten Mitglieder (Bebel und Liebknecht) wollten der Partei möglichst ihre Selbständigkeit erhalten. Sie glaubten, mehr für ihre Sache erreichen zu können, wenn sie sich in strenger Opposition zum herrschenden System hielten.

In diesem Zusammenhang muß auch der Fall Höchberg erwähnt werden, der Anlaß zu manchen Meinungsverschiedenheiten gab, namentlich unter dem Sozialistengesetz, und die damalige Haltung der Parteimehrheit anschaulich macht.

Blos selber hatte Karl Höchberg zu Beginn seiner Reichstagstätigkeit (1877) in die Fraktion eingeführt. Dieser ein reicher Jude, hatte, anfangs incognito an den Parteikassier Geib große Geldbeträge gesandt. Er hat nach seinem Eintritt die sozialdemokratische Partei und einzelne Leute mit einem Gesamtbetrag von mehreren hundertausend Mark unterstützt; er half wo er konnte. Blos behauptet, Höchberg sei Idealist gewesen und habe die Gelder in uneigennütziger Weise hergegeben. Der Sozialismus sei ihm Herzenssache gewesen, sagt Franz Mehring.[81]) Er habe nur „vor der rauhen Seite des proletarischen Klassenkampfes zurückgeschreckt." Höchberg war Anhänger der idealistischen Philosophie. In der Zeitschrift „Die Zukunft", die er begründete und unterhielt, stellte er einmal die Behauptung auf, der Sozialismus entnehme seine „Forderungen, Ziele und Zwecke nur aus der Idee." Man müsse die Durchführbarkeit des „sozialistischen Staates" beweisen, das sei die wichtigste

[79]) Da die Parteiorganisation durch das Sozialistengesetz aufgelöst war, fiel der Fraktion die Leitung der Partei zu.
[80]) Mehring, a. a. O., S. 271.
[81]) a. a. O. S. 119.

Aufgabe der „Sozialistik". Er hoffte „Kreise der herrschenden Klasse" durch Belehrung und Berufung auf ihr Gerechtigkeitsgefühl für die Sozialdemokratie zu gewinnen.[82]) Zu Ostern 1879 ließ Höchberg von Brüssel aus zehntausend Exemplare von Schäffles „Quintessenz des Sozialismus" an Beamte, Juristen und Lehrer in Deutschland verschicken. Marx und Engels, die befürchteten, hinter Höchbergs Opferwilligkeit stecke die Absicht, die Sozialdemokratie auf Abwege zu bringen, protestierten in Rundschreiben an Bebel und andere Leute gegen Höchbergs Vorgehen. Solche Selbstkritiken der Partei dürften im Augenblick von deren härtester Unterdrückung an leitender Stelle nicht ausgesprochen werden. Höchberg subventionierte auch den „Sozialdemokrat" und unterhielt noch andere wissenschaftliche Zeitschriften. (Blos, II, 14/15). Durch den Gang der Ereignisse unter dem Sozialistengesetz geriet die Partei in finanzielle Nöte, so daß sie Höchbergs Opferwilligkeit „nach verschiedenen Richtungen in hohem Grade beanspruchen mußte."[83]) Nach Bebel[84]) hatte sich Höchberg durch Sätze (die in der Begründung der 1. Unfallversicherungsvorlage aus dem Jahre 1881 enthalten waren) wie: Man müsse die Arbeiter überzeugen, daß der Staat nicht nur eine notwendige, sondern auch eine wohltätige, den Arbeiterinteressen und -bedürfnissen dienende Einrichtung sei, beeinflussen lassen. Höchberg habe auch den Versuch gemacht, Auer und ihn (Bebel) von ihrer irrigen Auffassung abzubringen. Vor allem scheint er in Briefen an die beiden gegen die unversöhnliche Haltung des „Sozialdemokrat" polemisiert zu haben. Bebel ärgerte sich über Höchbergs „immer währenden Versuch des Zurückrufens und Verwässerns." — Aber man ließ sich durch Höchberg nicht beeinflussen. Die Sozialdemokratie hatte keine Lust, ihre seitherige Taktik zu ändern.

Auch aus dem zitierten Fall Höchberg läßt sich schließen, daß die Sozialdemokratie damals noch keineswegs so gefestigt war — wie sie nach außen erschien — und durch Zwistigkeiten wie die anläßlich des erwähnten Dampfersubventionsstreites auf eine harte Probe gestellt wurde. Es herrschten starke Meinungsverschiedenheiten über die der Regierung gegenüber einzuschlagende Taktik.

---

[82]) Daselbst S. 167 ff. — Daß diese „Ideen" Höchbergs damals, nachdem die Marx'schen und Engels'schen Theorien in der Sozialdemokratie solchen Glauben gefunden hatten, nicht mehr auf fruchtbaren Boden fallen konnten, ist natürlich. Der Partei war es im wesentlichen sicherlich nur um Höchbergs Geld zu tun und weniger um seine „Ideen".

[83]) Bebel, a. a. O. Bd. 2, 289/90. — Bebel sagt, die Befürchtungen, die Marx und Engels Höchberg gegenüber hegten, seien nicht berechtigt gewesen. „Er (Höchberg) gab aus gutem Herzen und aus Interesse für die Sache." Blos und Mehring (vergl. oben) sind derselben Ansicht.

[84]) Ebenda, Bd. 3, 224/26.

Durch die Denkwürigkeiten von Wilhelm Blos erhalten wir einen besonderen Einblick in diese inneren Zustände. Meinungsverschiedenheiten gab und gibt es in jeder Partei; sie sind natürlich. Allerdings gewannen sie in der Sozialdemokratie ein Ausmaß, das man von anderen Parteien kaum gewöhnt sein dürfte. Daran trugen wohl auch die Ziele dieser Partei, die materieller Natur waren und der Ehrgeiz der Agitatoren, der bei vielen die Triebfeder war, die Schuld.[85]) Auf der anderen Seite förderte das Sozialistengesetz den inneren Hader. Der Partei war die Möglichkeit zu einer freien Aussprache genommen. Die Kongresse, die im Ausland stattfinden mußten und die geheimen Zusammenkünfte genügten nicht. Bebel erwähnt, worauf auch Blos hinweist, daß die Leute durch die andauernden Verfolgungen kampfesmüde wurden. Er schreibt an Ignaz Auer:[86]) „Für mich ist kein Zweifel, daß ein Teil unserer Führer schon seit längerer Zeit kampfesmüde ist, daß dieser Teil schon früher wider seinen Willen weiter getrieben wurde, als er seiner Natur und Auffassung nach gehen wollte und heute nur noch äußerlich zur Sache hält." Bebel leugnet nicht, daß die Meinungsverschiedenheiten zeitweilig einen solch unangenehmen Charakter annahmen, daß sogar der Glauben aufkam, es werde noch zu einer Spaltung kommen. Er selbst glaubt in dem angeführten Brief an seinen Parteifreund Auer an eine Spaltung, die „am Ende doch kommt." Auch Mehring spricht von einer solchen Möglichkeit:[87]) „Die Gefahr einer Spaltung stieg drohend auf: das vorgeschrittene Proletariat konnte der Führung der „Freiheit"[88]) verfallen, das weniger Entwickelte an den farblosen Blättern versumpfen."

Die letzten Aeußerungen Bebels und Mehrings bestärkten den bei Blos gewonnenen Eindruck, daß das Sozialistengesetz eben doch ernsthafter auf die Sozialdemokratie eingewirkt hat, als im allgemeinen angenommen, und vor allem als die Sozialdemokraten selber geglaubt haben.[89]) Derselbe Schluß liegt nahe, wenn wir uns nunmehr dem zuwenden, was uns Blos über die anarchistische Einflüsse in der Sozialdemokratie um die Zeit des Sozialistengesetzes berichtet. Wir werden dabei wie oben eine Uebereinstimmung mit Mehring und Bebel feststellen.

---

[85]) Vergl. Wahl, a. a. O. und Winnig, a. a. O.
[86]) Am 4. Januar 1882; abgedruckt im 3. Bd. S. 225/26.
[87]) Mehring, a. a. O. S. 166.
[88]) Das bekannte anarchistische Blatt, von Johann Most in Lonndon herausgegeben. Vergl. das Folgende über den Anarchismus.
[89]) Sowohl Blos als Mehring möchten natürlich — was nicht außer Acht gelassen werden darf — die Gefahren, denen die Sozialdemokratie unter dem Sozialistengesetz entgangen ist und den Widerstand, den diese trotz alle harten Verfolgungen leistete, möglichst stark ausmalen, um dadurch ihre Partei in ein gutes Licht zu stellen.

Es ist klar, daß das Sozialistengesetz für die in der Partei vorhandenen Anarchisten der gegebene Zeitpunkt war, um zu versuchen, dieselbe in ein anarchistisches Fahrwasser zu führen. Gleichzeitig trieb das Ausnahmegesetz viele Sozialdemokraten dem Anarchismus in die Arme.[90]) Natürlich waren auch schon vor dem Sozialistengesetz radikale, anarchistische Elemente in der Parteibewegung. So der aus Berlin ausgewiesene Johann Most. Er war nach London übergesiedelt und gab dort (vom Januar 1879 ab) die „Freiheit" als Wochenschrift heraus. Er war, wie allgemein bekannt ist, ein großer Wirrkopf; die Verfolgungen unter dem Sozialistengesetz hatten seine Erbitterung noch gesteigert. In der „Freiheit" schlug er seiner Partei eine andere Taktik vor. Man müsse jetzt mit der „Propaganda der Tat" beginnen. Die bürgerliche Gesellschaft wollte er mit Revolvern, Dolchen und Dynamitbomben zerstören. „In zahlreichen Artikeln forderte er zu Mord und Todschlag gegen uns auf" (II, 97). „Für uns, die deutschen Sozialdemokraten, war ihm kein Schimpfwort zu gemein." Nach Zenker ist die Idee der Bombentaktik wesentlich sein Verdienst. Selbstverständlich lehnten ihn die vernünftigen Sozialdemokraten ab. Blos bezeichnet ihn einmal als einen Hanswurst. „Uns war er in der letzten Zeit in Deutschland als eine komische Figur erschienen. Wir wußten ohnehin, daß er nicht an Ueberfluß von Courage litt, und wir lachten darum bei seinen Wutausbrüchen" (Blos wie oben). Most bedeutete für die Sozialdemokratie natürlich eine große Gefahr, da die Polizei sein unsinniges Treiben gegen sie ausnützen konnte. Es ist daher durchaus begreiflich, daß die Besonnenen seine Taktik ablehnten. Wir können Blos persönlich deshalb auch ohne weiteres zutrauen, daß er den Anarchismus überhaupt von vornherein ablehnte. Ihm war es ganz selbstverständlich, daß er zwischen Anarchisten und Sozialdemokraten diesen scharfen Trennungsstrich zog.[91]) So verwirft er auch in den Denkwürdigkeiten jeglichen Zusammenhang zwischen diesen beiden, weil er damals aus Ueberzeugung, und vor allem wohl auch aus taktischen Gründen den Anarchismus bekämpfte. Dennoch kann er nicht leugnen, daß der Anarchismus unter dem Sozialistengesetz nicht ohne Einfluß auf seine Partei geblieben ist. Er sagt ja selbst, daß das Sozialistengesetz für die Anarchisten der geeignete Zeitpunkt zum Losschlagen gewesen wäre. Franz Mehring

[90]) Vergl. Ernst Victor Zenker, Der Anarchismus, Jena 1895, S. 155 ff.

[91]) Er gibt an (II, 98): „Unter den Anarchisten befanden sich die verschiedensten Elemente. Neben bloßen Wirrköpfen sah man kalte Fanatiker und tolle Schwarmgeister, welche die Menschheit mit einem Schlage von ihren Fesseln befreien zu können glaubten, sowie Opfer des Größenwahns à la Nobiling, welche ihren Namen um jeden Preis in das Buch der Weltgeschichte einzutragen beabsichtigten."

urteilt über Most's Treiben:[92]) „Es waren nicht immer die schlechtesten und nicht immer die zurückgebliebensten Elemente, sondern auch kühne und trotzige Naturen, die auf die Stimme der Londoner „Freiheit" hörten, die umsomehr darauf hörten, je härter sie unterdrückt wurden."

Namentlich in Berlin habe Most einen gewissen Anhang gewonnen gehabt, und unter den Berliner Ausgewiesenen[93]) hätte er durch sein Treiben eine entzündliche, jedem Argwohn und Verdacht leicht zugängliche Stimmung erzeugt. Blos zufolge hatte Most auch Anhänger im Rhein- und Maingau. Dort arbeitete der belgische Anarchist Davé für seinen Freund Most. Auch in Württembreg gelang es den Anarchisten in die Partei einzudringen. Sie waren der Meinung, daß Anarchismus und Sozialismus dasselbe bedeuteten (II, 146). — Es war tatsächlich so, daß viele Anarchisten gleichzeitig Sozialdemokraten waren und als solche den Staat anfeindeten und einen gewaltsamen Umsturz planten.[94]) Ebenso möchte Mehring gern den Zusammenhang zwischen Anarchisten und Sozialdemokratie abstreiten. Die Tatsache läßt sich doch nicht bei Seite schaffen, daß Most, Hasselmann und andere der Partei wenigstens geraume Zeit angehört haben. Dies geht aus ihren eigenen Angaben hervor. Unter dem Sozialistengesetz wurde die Agitation der Anarchisten stärker. Die Partei versuchte sogar mit dem in der „Freiheit" wütenden Johann Most eine Verständigung zu erzielen.[95]) Freilich — und das folgt auch aus Blos' Denkwürdigkeiten — die Mehrheit der Partei und ihre Leitung vor allem, stellten sich gegen den Anarchismus, weil sie es vorzogen, sich nicht provozieren zu lassen, sondern ruhig abzuwarten. Es waren dies rein taktische Erwägungen. Aus denselben taktischen Gründen lehnten Vahlteich und Bebel im Reichstag die Gemeinschaft mit den russischen Nihilisten ab. Es ist damit aber keineswegs gesagt, daß sie nicht mit ihnen sympathisierten.[96])

---

[92]) a. a. O. S. 174.

[93]) Auf Grund des verhängten kleinen Belagerungszustandes, der im Nov. 1879 erneuert worden war.

[94]) Vergl. Wahl, a. a. O. 167/69.

[95]) Sollte diese Behauptung Mehrings (Bd. 4, S. 182) den Tatsachen entsprechen, so wäre damit der Zusammenhang zwischen Anarchismus und Sozialdemokratie, den Blos sowohl wie Mehring abzustreiten versuchen, mit den eigenen Angaben des letzteren erneut bewiesen.

[96]) Hat doch Hasselmann später diese Inabredestellung im Reichstag abgelehnt. Und auf dem Wydener Kongreß (20.—23. 8. 1880) hat die Sozialdemokratie dem Nihilismus ihre Sympathie ausgedrückt. Vergl. Felix Salomon, Die deutschen Parteiprogramme, 3. Aufl. 1920, Heft 2 S. 57.

Die Sozialdemokratie stand damals in der Tat vor der Entscheidung: sollte sie mit Gewalt vorgehen, oder sollte sie ruhig abwarten und das Martyrium der Verfolgung auf sich nehmen.[97]) Sie entschied sich für das letztere, wenn es ihr auch große Unbequemlichkeiten brachte, weil sie wußte, daß sie so für ihre Zwecke mehr erreichen würde und tatsächlich erreichte sie auch mehr.

Neben den Anarchisten waren zahlreiche radikale Elemente vorhanden. An rabiaten Aeußerungen fehlte es keineswegs. In den Nummern 34/35 des „Sozialdemokrat" erschienen ohne Nennung des Verfassers — es war Vollmar, wie sich später herausstellte, der aber (wohlgemerkt) kein Anarchist war — 2 Aufsätze, die sich mit der Frage der Aufhebung des Ausnahmegesetzes befaßten. Vollmar sprach sich darin für die Beibehaltung des Gesetzes aus, weil dasselbe die Partei zum Entscheidungskampf dränge. Bebel schreibt wörtlich hierüber:[98]) „Er (Vollmar) berief sich dabei auf eine Stelle in Liebknechts Broschüre: „Die politische Stellung der Sozialdemokratie" wo es hieß: Der Sozialismus ist keine Frage der Theorie mehr, sondern einfach eine Machtfrage, die in keinem Parlament, die nur auf dem Schlachtfeld entschieden werden kann. Der Verfasser (Vollmar — im „Sozialdemokrat") führte weiter aus: Man müsse über den Kriegsplan schlüssig werden. . . . Alle müßten von der Ueberzeugung erfüllt werden, daß kein Vergleich, kein Friedensschluß den Kampf wenden könne, sondern daß die Entscheidung allein beim Schwert stehe. . . . „Die offenen Spiele sind die starken Spiele. Lassen wir alles Verstecken, Vertuschen, Leugnen und Heucheln als unser unwürdig . . . Sagen wir offen und steifnackig unseren Feinden: Jawohl, wir sind „staatsgefährlich", denn wir wollen euch vernichten. Jawohl, wir sind Feinde eures Eigentums, eurer Ehe, eurer Religion und eurer ganzen Ordnung. Jawohl! Wir sind Revolutionäre und Kommunisten. Jawohl! Wir werden der Gewalt (d. h. dem Sozialistengesetz) mit Gewalt begegnen. Jawohl! Wir glauben fest an eine baldige Umwälzung und Befreiung, wir hoffen auf sie und bereiten uns durch geheime Organisation und Agitation und alles, was eure Gesetze verbieten und uns gut dünkt, auf dieselbe nach Kräften vor. . .".

Die Stellungnahme Bebels zu diesen Artikeln Vollmars ist keineswegs unbeachtlich. In einem Brief an Georg Engels[99]) meint Bebel, dieselben seien gut geschrieben und prinzipiell richtig, aber taktisch

[97]) Vergl. dazu Gustav Schmoller, Vier Briefe über Bismarcks sozialpolitische und volkswirtschaftliche Bedeutung, 3. Brief (Bismarcks Sozialpolitik betr.), Skt.-Blasien 1898, S. 35.
[98]) a. a. O. S. 230.
[99]) Vom 1. 10. 1882, abgedruckt bei Bebel a. a. O., Bd. 3, S. 231.

falsch.[100]) „Wir richten uns mit dieser Sprache zugrunde." Er sei auch nicht der Meinung, daß die Beseitigung des Ausnahmegesetzes (Sozialistengesetzes) und die Verschärfung der allgemeinen Gesetze (d. h. der Strafgesetze) für die Sozialdemokratie ein Schaden wäre. Bebel schrieb in Nr. 42 des „Sozialdemokrat" vom 22. Oktober 1882 gegen Vollmars Artikel.

Letztere wurden von vielen Sozialdemokraten gerühmt, von anderen getadelt. Auf jeden Fall bestätigen sie — was uns auch Blos mitteilt — daß damals ein Teil der Sozialdemokratie, in erster Linie natürlich die Anarchisten, gewillt war, loszuschlagen und der Gewalt des Sozialistengesetzes mit Gewalt zu begegnen.

Aus allem Angeführten läßt sich der Schluß ziehen, daß das Sozialistengesetz in der Tat nachteilig, ja zersetzend gewirkt hat, wenn auch nicht entscheidend! Die Streitigkeiten wurden gefördert, viele zum Radikalismus getrieben, und die Gefahr einer Spaltung stieg drohend auf. Daneben besteht die unleugbare Tatsache, auf die bereits hingewiesen wurde, daß die Zahl der Sozialdemokraten unter der Herrschaft des Sozialistengesetzes beträchtlich zurück ging.[101]) Die Behauptungen von Blos, daß das Ausnahmegesetz seine Partei nur gestärkt habe und ohne nachteilige Wirkung gewesen sei, ist also nicht begründet. Sie widerspricht ja seinen eigenen Aufzeichnungen und denen Mehrings und Bebels.

Hier ist deshalb auch die Frage berechtigt: Wie wäre es gegangen, wenn die damalige Regierung schärfere Maßnahmen angewandt hätte? Wäre dadurch die Sozialdemokratie nicht zum Losschlagen gedrängt worden? Dann hätte die Regierung ihrerseits zu den schärfsten Gegenmaßregeln greifen können; sie hätte es wohl müssen. Auf diese Weise hätte man den Schaden, den die sozialdemokratische Agitation dem deutschen Volk ohne Zweifel zugefügt hat, noch ehe er so groß war, verhindern können. Allerdings können wir diesen Gang der Ereignisse nur vermuten.[102])

Blos und Mehring behaupten, Bismarck habe nur darauf gewartet, bis sich die Sozialdemokratie zu einem Gewaltstreich hinreißen lasse, um sie dann gewaltsam niederzuwerfen.[103] Er habe

---

[100]) Daß Bebel die Artikel für „prinzipiell richtig" hält, kennzeichnet seine Einstellung. Er hoffte ja immer auf eine große Umwälzung, eine „Katastrophe" wie er sich in dem zitierten Brief an Engels ausdrückt. Vergl. im übrigen H. B. 107. Bd. (1911), S. 596 ff. (Hermann Oncken über Bebels 1. Bd. der Lebenserinnerungen).

[101]) Vergl. oben S. 27, Anm. 59.

[102]) Bismarck mußte bei seinem Vorgehen gegen die Sozialdemokratie mit dem Widerstand der liberalen Parteien rechnen, die befürchteten, — wenn auch ohne Grund — daß er ähnliche Maßnahmen gelegentlich auch gegen sie anwenden könnte.

[103]) Blos I, S. 249 und II, S. 3; Mehring a. a. O. S. 320/21.

sogar einen diesbezüglichen Ausspruch getan! Vielleicht hat Bismarck damals eine zeitlang auf eine solche Gelegenheit gewartet; es ist auch möglich, daß er sie im Staatsinteresse herbeisehnte. Sicher ist es nicht, und ferner kommt es doch stets darauf an, in welchem Zusammenhang eine deratige Aeußerung gefallen ist.[104])

Trotz dieser schädlichen Wirkungen des Sozialistengesetzes reichte dasselbe — so wie es angewandt wurde — nicht aus, um der Sozialdemokratie erheblichen Schaden zuzufügen. Das geht aus den angeführten sozialdemokratischen Quellen mit Deutlichkeit hervor.[105]) Es war der Sozialdemokratie möglich „die Fußangeln" des Gesetzes zu umgehen und bei der Mehrheit wurde die Widerstandskraft nur gestärkt.

Die besonnenen Führer der Partei — zu denen auch Blos zu rechnen ist — waren sich schon gleich nach der Verkündung des Sozialistengesetzes darin einig, daß jede Herausforderung der Behörde möglichst vermieden werden müsse, um derselben keinen Anlaß zu stärkerer Unterdrückung zu geben. Einen gewaltsamen Widerstand hielt man für Wahnsinn, aber auch der Gedanke einer geheimen Organisation wurde verworfen. „Sie würde nur der Polizei Liebesdienste erweisen."[106]) Sofort nach Verhängung des kleinen Belagerungszustandes über Berlin im November 1878 erließen Auer und Fritzsche, die ausgewiesen waren, einen Aufruf an die Berliner Parteifreunde: „Laßt euch nicht provozieren! . . seid ruhig! Weist die Versucher ab, die euch zu geheimer Verbindung oder Putschen reizen wollen!", hieß es darin (Blos I, S. 253).

Für die Ausgewiesenen und ihre Familien wurden Sammlungen veranstaltet. Nach Mehring sammelten Lasker und der Fortschrittler Löwe unter ihren Parteigenossen für den Unterstützungsfond. Es ist natürlich, daß die Verjagten überall wo sie hinkamen ihren Groll entluden und für die Partei agitierten.[107]) „Vor allem galt es zunächst, wieder festen Boden unter die Füße zu bekommen, die im ersten Sturm des Sozialistengesetzes in Deroute geratenen Massen wieder zu sammeln und ihnen das Rückrat zu steifen. . . Es bedurfte zahlreicher geheimer Zusammenkünfte und Versammlungen und energischer Agitation, um die mutlos gewordenen aufzurichten und zu erneuter Tätigkeit anzuspornen. Und das gelang . . .", schreibt Bebel. Viele wurden auch ins Ausland getrieben und traten dort

---

[104]) Mit Sicherheit lassen sich solche Absichten Bismarcks nur für die Zeit seiner bevorstehenden Entlassung nachweisen. — Vergl. hierzu Egmont Zechlin, Staatsstreichspläne Bismarcks und Wilhelms II. (1890—94) Stuttgart und Berlin 1929, S. 1 ff.

[105]) Vergl. auch Wahl, a. a. O. S. 539/41.

[106]) Vergl. Mehring a. a. O. S. 156 und S. 158.

[107]) Vergl. Bebel a. a. O. S. 24 ff.

den deutschen Sozialistenvereinen bei. „Und diese Vereine wurden im Laufe der Jahre für die Partei eine wesentliche Stütze, indem sie die illegale[108]) Presse und Literatur verbreiteten und Mittel sammelten für die verschiedenen Zwecke, die die Partei im Reich zu erfüllen hatte."[109])

Die Parteileitung in Deutschland wollte aber von „der illegalen Presse" nicht viel wissen, denn sie war bestrebt den Haß, den man in Deutschland gegen die Sozialdemokratie hegte durch kluge Zurückhaltung zu entwaffnen. Sie fürchtete, daß dieser durch die meistens rücksichtslose Sprache der ausländischen Organe neue Nahrung saugen könnte.[110])

Um dem Unheil, das Most mit der Freiheit anrichtete, vorzubeugen, wurde als Organ der deutschen Sozialdemokratie im Ausland der „Sozialdemokrat" in Zürich gegründet, dessen erste Nummer am 28. September 1879 erschien.[111]) Er stellte sich auf den Boden des Gothaer Parteiprogramms vom Mai 1875.[112]) „Die Verbreitung des natürlich sofort verbotenen Blattes war mit großen Schwierigkeiten verknüpft" (Blos I, 154). Dabei zeigten die Leute oft einen großen Opfermut. Die Verbreitung nahm die „Rote Feldpost" in die Hand. Wie die Expedition des Blattes gehandhabt wurde, schildert Bebel sehr ausführlich.[113])

In Hamburg gab Blos an Stelle des verbotenen „Hamburg-Altonaer-Volksblattes" die „Gerichtszeitung" heraus.[114]) Letztere Bezeichnung sollte dem Blatt den Anschein geben, als handle es sich darin in der Hauptsache um die Berichterstattung über Gerichtsverhandlungen und juristische Angelegenheiten. „Zur Bekräftigung dieses Charakters des Blattes sollte noch eine große Rubrik: „Auswärtige Gerichtsfälle" eingerichtet werden. Die Politik sollte anfangs zurücktreten." So konnte man das Blatt nicht als Fortsetzung des verbotenen „Hamburg-Altonaer-Volksblatt" ansehen. Die „Gerichtszeitung", die Blos redigierte, gewann zahlreiche Abonnenten

---

[108]) D. h. gesetzwidrig vom Standpunkt des Sozialistengesetzes aus.

[109]) Bebel. — Zur „illegalen" Presse im Ausland gehörten „Die Laterne", die der aus Paris ausgewiesene Karl Hirsch vom Dezember 1878 an in Brüssel herausgab und die „Freiheit" Mosts, die seit Januar 1879 in London erschien. Die „Laterne" vermied die Partei zu kritisieren, während die „Freiheit" fortgesetzt eine revolutionäre Taktik verlangte.

[110]) Vergl. Mehring a. a. O. S. 161/62.

[111]) Die Blätter, die die Partei unter dem Sozialistengesetz noch halten konnte, die sogen. „farblosen" Blätter, genügten nicht. Durch die Gründung des „Sozialdemokrat" war auch ein kleiner Ersatz für die frühere Parteipresse geschaffen.

[112]) Vergl. Salomon a. a. O. S. 35.

[113]) a. a. O. S. 90 ff.

[114]) Vergl. oben S. 27.

und bestand 2½ Jahre. Ueber die Gefährlichkeit und Strafbarkeit eines Artikels gingen die Ansichten der Redakteure oft weit auseinander. „Der eine konnte für sehr bedenklich halten, was der andere für unbedenklich hielt und umgekehrt," schreibt Blos (I, 152). Es war für Blos sicher nicht immer leicht die Bestimmungen des Sozialistengesetzes zu umgehen; häufig gelang es die Polizei zu täuschen, die nicht immer mit derselben Strenge vorging. Bei der „Gerichtszeitung" kommt hinzu, daß diese am Kampfe des Hamburger Senats gegen den von Bismarck gewünschten Zollanschluß Hamburgs teilnahm, weshalb sie von der Polizei geschont wurde.[115])

Da der Sozialdemokratie durch das Sozialistengesetz auch öffentliche Versammlungen und Kongresse verboten waren, hielt sie diese im Ausland ab. So fand der erste Kongreß im August 1880 auf Schloß Wyden im Kanton Zürich statt. Es wurde dort das Gothaer Programm (vergl. oben) dahin geändert, daß die Partei ihre Ziele mit **allen** Mitteln und nicht mehr blos mit allen gesetzlichen Mitteln erstrebe.[116]) Ferner wurden die Anarchisten Most und Hasselmann aus der Partei ausgestoßen. Auch hierbei haben sicherlich vor allem taktische Gründe mitgesprochen. Das Treiben dieser beiden Leute schadete der Partei ungemein; sie hatten auch Streitigkeiten innerhalb der Partei gefördert.[117]) Der „Sozialdemokrat" wurde als offizielles Parteiorgan anerkannt und sollte das Zentralorgan bilden. Der nächste Kongreß tagte im März 1883 in Kopenhagen. Ort und Zeit des Kongresses wurden möglichst geheim gehalten. Offenbar vermutete die Polizei, der Kongreß werde in der Schweiz stattfinden, denn sie bewachte die Schweizer Grenze. Auf diese Weise gelang es wieder einmal die Polizei zu täuschen; die Deligierten konnten ungehindert nach Kopenhagen gelangen (Blos II, 53 ff.)[118]). Man sprach sich dort entschieden gegen jede Nachgiebigkeit gegenüber den übrigen Parteien aus und forderte ein rücksichtsloses Vorgehen der Partei. Zu der Sozialreform Bismarcks erklärte der Kongreß, daß er weder an die ehrlichen Absichten noch an die Fähigkeit der herrschenden Klasse glaube, die Notlage der arbeitenden Klasse zu lindern. Die Sozialreform werde nur als taktisches Mittel benützt, „um die Arbeiter vom wahren Wege abzulenken."

Die Kongresse im Ausland dienten ohne Frage auch der Wiederbelebung der Sozialdemokratie. Neben den Auslandskongressen fanden ungezählte geheime Versammlungen statt, die von der Polizei nicht entdeckt wurden: In abseits gelegenen Lokalen, im Wald,

[115]) Vergl. auch Mehring a. a. O. S. 186/87.
[116]) Vergl. Salomon a. a. O. S. 57.
[117]) Vergl. auch Bebel a. a. O. S. 149 ff.
[118]) Mehring a. a. O. S. 220/22 schreibt dasselbe. Blos und Mehring stimmen weitgehend überein. Vergl. unseren 3. Abschnitt.

in Steinbrüchen usw. Die Teilnehmer setzten sich dabei oft den größten Gefahren aus[119]). Blos sagt (II, 12), daß namentlich die Gastwirte unter dem Sozialistengesetz der Partei unschätzbare Dienste geleistet hätten. Sie vertrieben verbotene Schriften und stellten ihre Wirtschaften für die geheime Agitation zur Verfügung.

So gelang es der Sozialdemokratie in zahllosen Fällen die Bestimmungen des Sozialistengesetzes zu umgehen. Blos erzählt von einigen solchen Umgehungen.[120]) Es liegt also der Schluß nahe, daß das Sozialistengesetz zur völligen Unterdrückung nicht genügt hat. Dennoch ist es nicht — wie es Blos hinstellen möchte — der wesentliche Grund für die starke Zunahme der Sozialdemokratie. Es ist anzunehmen, daße diese auch ohne das Sozialistengesetz in diesem Maße erfolgt wäre. Die Arbeiterbewegung war, wie schon zu Anfang dieses Abschnittes erwähnt wurde, eine Zeiterscheinung, eine Folge der stark zunehmenden Industrialisierung. Diese wiederum erleichterte den marxistischen Führern jene mächtige Agitation, die der Historiker, den das Interesse des Staates leitet, deshalb lebhaft bedauern muß, weil sie die Arbeiter vom Staate abzog.[121]) Wenn Blos erklärt (II,4), daß Bismarck durch das Sozialistengesetz nur bewirkt habe, daß der Staat den Arbeitern immer mehr als feindliche Macht erschien und sie von sich abdrängte, so muß ihm entgegnet werden, daß die Agitatoren dadurch, daß sie gegen den Staat hetzten, diesen bei den Arbeitern verhaßt machten.[122]) Blos selber hatte ja damals, wie an einzelnen Beispielen gezeigt werden soll, so gut wie nichts für den Staat übrig.[123])

---

[119]) Bebel a. a. O. S. 124/27.

[120]) Da er einen gewandten Stil besitzt, sind diese Erzählungen sehr unterhaltend, im Gegensatz zu Bebel, dessen Schilderungen sehr trocken wirken, wie überhaupt dessen ganze Lebenserinnerungen.

[121]) Wahl a. a. O.

[122]) Vergl. die Einleitung dieses Abschnittes.

[123]) Vergl. den folgenden Anhang.

Die Quellen von Blos.

Im Vorwort zum ersten Band sagt Blos, er habe die Denkwürdigkeiten meist aus dem Gedächtnis niedergeschrieben. Wir haben schon einleitend erwähnt, daß wir beim Vergleich der Denkwürdigkeiten mit Werken anderer sozialdemokratischer Autoren manche fast wörtliche Uebereinstimmung feststellen konnten.

Die persönlichen Erinnerungen von Blos sind ohne Frage im großen und ganzen aus dem Gedächtnis niedergeschrieben, obgleich ihm auch hier ab und zu ein Zeitungsartikel oder die Arbeit eines Parteifreundes als Unterlage gedient hat.[124]) Für das rein Persönliche fehlt uns im allgemeinen das Kontrollmaterial. Für seine übrigen Angaben besitzen wir es. Zum Vergleich und zur Kontrolle haben wir in der Hauptsache Mehrings „Geschichte der deutschen Sozialdemokratie" und Bebels Lebenserinnerungen herangezogen. Inhaltlich stimmt Blos — wie auch schon verschiedentlich angedeutet wurde, — fast ausnahmslos mit diesen beiden Autoren überein, die allerdings an den meisten Stellen ausführlicher berichten, weshalb sie zu einer umfassenderen Kritik der Denkwürdigkeiten weitgehend benutzt werden mußten.

Mit Mehring[125]) deckt sich Blos nicht nur inhaltlich, sondern, wie gezeigt werden soll, oft auch wörtlich, sodaß der Verdacht naheliegt, Blos könnte von Mehring einfach abgeschrieben haben. Ist dieser Verdacht tatsächlich berechtigt und wie stark ist er? Auffallend ist neben der wörtlichen Uebereinstimmung, die, wenn sie genügend erwiesen ist, den Quellenwert der Denkwürdigkeiten herabsetzen würde, die inhaltliche Uebereinstimmung mit Mehring. Sie hat uns zu einer eingehenden Prüfung der auffälligen Stellen veranlaßt und dabei ließ sich die manchmal ganz wörtliche Uebereinstimmung feststellen. Daß Blos bei der Abfassung seiner Memoiren Mehring benützt hat, steht außer Zweifel, denn er zitiert ihn zweimal.[126]) Es ist dies bei der Bedeutung, die Mehrings Werk in der sozialdemokratischen Literatur einnimmt, auch durchaus begreiflich.[127]

---

[124]) Vergl. das Folgende, S. 55.

[125]) a. a. O. Bd. IV, S. 133 ff. Dieser IV. Band erschien in 2. Auflage 1904. 1904

[126]) Bd. II, S. 36 (Mehring Bd. IV, S. 209) und Bd. II, S. 39 (Mehring Bd. III, S. 367). Blos gibt noch nicht einmal die Bandzahl bei Mehring an.

[127]) Die Stellen, an denen die wörtliche Uebereinstimmung ins Auge sticht, lassen wir nebeneinanderstehend folgen.

Blos I, 240

„Es war am 11. Mai 1878 als der ehemalige Klempnergeselle Hödel Unter den Linden zu Berlin mehrere Revolverschüsse auf den im offenen Wagen dahinfahrenden alten Kaiser Wilhelm abfeuerte . . ."

Mehring IV, 133

„Am 11. Mai 1878 gab der Klempnergeselle Hödel in Berlin Unter den Linden einige Revolverschüsse ab, als gerade der Kaiser in einer offenen Kalesche vorüberfuhr. . ."

Im Folgenden decken sie sich nicht im Zusammenhang, nur einzelne Ausdrücke ähneln sich; der Inhalt ist aber wieder derselbe.

Blos ebenda

„In Leipzig versuchte er zwar sich trotz alledem in die sozialdemokratische Partei einzudrängen . . ." „Patrioten" zogen sogar in Masse vor das Schloß des Kaisers und sangen: „Nun danket alle Gott!" Der alte Kaiser ward nun selbst überzeugt, daß er einer großen Gefahr entgangen sei . ."

Mehring, IV, 134/135

„Er war nicht mehr zu retten, als er sich in Leipzig . . . der sozialdemokratischen Bewegung anzuschließen versuchte." . . . „Der patriotische Mob zog vor das Palais des Kaisers und sang: „Nun danket alle Gott"; der Kaiser selbst, der zunächst auch an kein Attentat glauben wollte, ließ sich dann doch überreden, daß er einer furchtbaren Gefahr entronnen sei. . . ."

Blos I, 246

„In den bürgerlichen Blättern wurde eine lange Reihe von Firmen veröffentlicht, die sich verpflichteten, keine Sozialdemokraten mehr zu beschäftigen, und ihre Arbeiter sollten einen Revers unterschreiben, in dem sie sich verpflichteten, sich den sozialdemokratischen Bestrebungen fernzuhalten."

Mehring IV, 141

„In dieselbe Kerbe hieben viele Organe der bürgerlichen Presse und bald konnten sie lange Listen von bürgerlichen Firmen veröffentlichen, die sich verpflichteten, keine Sozialdemokraten mehr anzustellen. ."

Was zwischen diesen Aeußerungen bei beiden Verfassern steht, ist sich gleichfalls sehr ähnlich. Beide bringen Liebknechts Erklärung im Reichstag zu der Beschuldigung der Sozialdemokratie, sie stecke

hinter dem Hödelschen Attentat.[128]) Bei der Wiedergabe der Hauptbestimmungen des Sozialistengesetzes hat Blos nahezu dieselben Verkürzungen angebracht wie Mehring.[129])

Blos I, 247

„Nach diesem Gesetze sollten die Polizeibehörden befugt sein, Vereine und Verbindungen sowie Druckschriften, welche sozialdemokratischen, sozialistischen, oder kommunistischen, auf Untergrabung der bestehenden Staats- und Gesellschaftsordnung gerichteten Bestrebungen dienen," zu verbieten. Versammlungen mit gleichen Tendenzen sollten verboten oder aufgelöst werden. Verstöße gegen diese Verbote zogen schwere Geld- und Gefängnisstrafen nach sich. „Berufsmäßige Agitatoren" oder auf Grund des Gesetzes rechtskräftig verurteilten Personen konnte die Polizei den Aufenthalt in bestimmten Bezirken versagen, unter gleichen Voraussetzungen auch Buchdruckern, Buchhändlern, Leihbibliothekaren und Inhabern von Lesekа-

Mehring IV, 147/138

„Gemäß dieser Vorlage sollten die Landespolizeibehörden befugt sein, Vereine, Verbindungen jeder Art, insbesondere genossenschaftliche Kassen, sowie Druckschriften, „welche sozialdemokratischen, sozialistischen oder kommunistischen, auf Untergrabung der bestehenden Staats- und Gesellschaftsordnung gerichteten Bestrebungen in einer, den öffentlichen Frieden, insbesondere die Eintracht der Bevölkerungsklassen gefährdenden Weise dienen," zu verbieten. Versammlungen, bei denen gleiche Tendenzen vorauszusetzen seien, sollten gleichfalls verboten . . . Ferner sollte das Einsammeln von Beiträgen für sozialdemokratische Zwecke verboten sein. Verstöße gegen alle diese Verbote . . . wurden mit schweren Geld- und Gefängnisstrafen bedroht. Berufsmäßige Agitatoren, oder auf Grund dieses Gesetzes rechtskräftig verurteilte Personen sollte die Polizei den Aufenthalt in bestimmten Bezirken und Orten versagen, unter gleichen Voraussetzungen auch Buchdruckern, Buchhändlern, Leihbibliothekaren und Inhabern

[128]) Blos I, 242; Mehring IV, 137.
[129]) Vergl. den genauen Wortlaut des Gesetzes vom 21. Okt. 1878 im R. G. B., S. 351 und den ausführlicheren, aber doch auch zusammengedrängten Wortlaut in Schippels Reichstagshandbuch a. a. O. S. 1037 ff., dem das R. G. B. von 1878 vorgelegen hat.

binetten, sowie Gast- und Schankwirten die Erlaubnis zum Gewerbebetriebe entziehen.

Die Krönung des Ganzen war der kleine Belagerungszustand. Dieser sollte nach § 28 über Bezirke und Ortschaften verhängt werden können — mit Genehmigung des Bundesrates — wo die öffentliche Sicherheit bedroht sei; Personen von denen eine Gefährdung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung zu besorgen sei, sollten ausgewiesen werden können." —

von Lesekabinetten sowie Gast- und Schankwirten die Erlaubnis zum Gewerbebetriebe entziehen können.

Endlich sollte über Bezirke und Ortschaften, die durch sozialdemokratische Bestrebungen mit Gefahr für die öffentliche Sicherheit bedroht seien, „von den Zentralbehörden der Bundesstaaten mit Genehmigung des Bundesrates . . . . . ein kleiner Belagerungszustand verhängt werden können, . . .

(Mehring hat hier einen ausführlicheren Wortlaut. Blos hat stärker zusammengefaßt.)

Daß Blos den Inhalt eines Gesetzes, der feststeht, übernimmt, ist ganz natürlich. Auffallend ist aber, daß er nahezu die gleiche kurze Zusammenfassung hat wie Franz Mehring. Hier könnte die Aehnlichkeit aber auch aus der Benützung einer gemeinsamen Quelle (nämlich des amtl. Gesetzes) erklärt werden. Schippel, der Mehring häufig zitiert, gibt seine Quelle an, Blos leider nicht.

Aus der folgenden Stelle, die bei beiden wieder ähnlich lautet, dürfte hervorgehen, daß Blos bei Mehring abgeschrieben hat.

Blos I, 248

„Die Konservativen, 115 Mann stark, waren gleich bereit, das Sozialistengesetz in Bausch und Bogen zu bewilligen. Dagegen waren das Zentrum und die Fortschrittspartei, mit Anhang schon etwa 160 Abgeordnete, dagegen."

Mehring IV, 148

„Die 115 Mitglieder der beiden konservativen Fraktionen waren bereit, mit Haut und Haaren alles anzunehmen, was die Regierung verlangte. Dagegen wollte eine bürgerliche Opposition von etwa 160 Mitgliedern, in der Hauptsache die Ultramontanen nebst ihren Anhängseln und daneben die Fortschrittler, von der Vorlage nichts wissen."

Es ist bemerkenswert, daß Blos eine Seite nachher (S. 249) Mehring zitiert.

Auch die verkürzte Wiedergabe der kaiserlichen Botschaft vom 17. November 1881 ist bei beiden dieselbe.[130])

Blos II, 34

„Am 17. November 1881 wurde der Reichstag eröffnet mit der bekannten kaiserlichen Botschaft, in welcher die „Sozialreform" angekündigt war.

Es hieß, daß es nicht genüge, die Ausschreitungen der Sozialdemokratie zu bekämpfen, sondern es müsse auch das „positive Wohl" der Arbeiter gefördert werden. Die Unfallversicherungsvorlage werde dem Reichstag in neuer Bearbeitung wieder vorgelegt werden; dazu auch eine Vorlage betreffend die gleichmäßige Organisation des Krankenkassenwesens. Invaliditätsversicherung und Altersfürsorge sollen nachfolgen. Der engere Anschluß an die realen Kräfte des christlichen Volkslebens und deren Zusammenfassung in der Form korporativer Genossenschaften unter staatlichem Schutz und staatlicher Förderung werde die Lösung von Aufgaben möglich machen, denen die Staatsregierung allein in gleichem Umfang nicht gewachsen sei. Dabei würde auch

Mehring 206/7

„Am 17. November 1881 wurde der neue Reichstag durch eine Tronrede eröffnet, die in die feierliche Form einer kaiserlichen Botschaft gekleidet war. Darin hieß es, daß die Unterdrückung sozialdemokratischer Ausschreitungen nicht genüge, sondern auch das positive Wohl der Arbeiter gefördert werden müsse. Die Unfallversicherungsvorlage werde, umgearbeitet an der Hand von früheren Verhandlungen dem Reichstag von neuem zugehen, und als Ergänzung eine Vorlage zur gleichmäßigen Organisation des gewerblichen Krankenkassenwesens. Aber auch die Erwerbsunfähigkeit durch Alter und Invalidität bedürfe eines höheren Maßes staatlicher Fürsorge als sie bisher gefunden habe. Der engere Anschluß an die realen Kräfte des christlichen Volkslebens und deren Zusammenfassung in der Form korporativer Genossenschaften unter staatlichem Schutz und staatlicher Förderung werde die Lösung von Aufgaben möglich machen, denen die Staatsgewalt allein in gleichem Umfang nicht gewachsen sei. Immerhin würde dabei die Aufwendung erheblicher Mittel nötig sein, und ebenso weise die Durchführung der begonnenen Steuerreform

[130]) Vergl. den genauen Wortlaut bei Schippel a. a. O. S. 107/8.

die Aufwendung erheblicher Mittel notwendig sein, und ebenso weise die Durchführung der begonnenen Steuerreform auf die Erschließung ergiebiger Einnahmequellen aus indirekten Reichssteuern hin, wofür drückende direkte Landessteuern abgeschafft und die Gemeinden entlastet werden könnten. Der sicherste Weg dazu sei das Tabakmonopol und die stärkere Besteuerung der Getränke."

auf die Erschließung ergiebiger Einnahmequellen aus indirekten Reichssteuern hin, wofür drückende direkte Landessteuern abgeschaft und die Gemeinden entlastet werden könnten. Der sicherste Weg dazu sei das Tabakmonopol und die stärkere Besteuerung der Getränke, Bestrebungen, die nicht nur von fiskalischen, sondern auch von reaktionären Hintergedanken frei seien."

Hier hat Blos sicherlich Mehrings verkürzten Wortlaut der kaiserlichen Botschaft übernommen, deren genauer Wortlaut (vergl. Schippel) wesentlich ausführlicher ist und ab und zu auch anders lautet. Unsere Vermutung wird durch die Tatsache verstärkt, daß Blos zwei Seiten später (S. 36) Mehring erwähnt und dessen Aeußerung über die Reichstagsverhandlung vom 10. Dezember 1881, die Anwendung des Sozialistengesetzes betreffend, in Parenthese wiedergibt.

Die Uebereinstimmung der beiden folgenden Stellen bei Blos und Mehring (bei beiden eine Seite später) — die mit den 2 oben erwähnten Stellen beider Autoren inhaltlich zusammenhängen — spricht gleichfalls für die ausgesprochene Vermutung.

Blos II, 35

„Im neuen Reichstage wurde die Sozialdemokratie ganz anders empfangen als früher, nachdem sie sich als eine Macht erwiesen, die weder durch die Polizei- und Staatsgewalt, noch durch den gehässigsten Kampf der bürgerlichen Parteien zu überwinden war."

Mehring IV, 208

„Da die sozialdemokratische Partei sich als wirkliche Macht erwiesen hatte, so fand ihre parlamentarische Fraktion, obgleich sie nur ein Dutzend Köpfe zählte, im Reichstag einen ganz anderen Empfang als früher.

Das Kapitel zwischen der obigen und der folgenden Stelle enthält Blos' Tätigkeit am „Norddeutschen Wochenblatt" in Bremen, fast ausschließlich Persönliches. Das auf S. 53 beginnende Kapitel über den Kopenhagener Kongreß bringt wieder Allgemeines.

Blos II, 53	Mehring, IV, 220.
„Am 4. Januar forderte der „Sozialdemokrat“ zur Wahl von Delegierten auf. Der Ort des Kongresses wurde den Delegierten auf besonderem Wege mitgeteilt. Obwohl außer den Delegierten noch viele andere Leute den Ort des Kongresses erfuhren, wurde die preußische Polizei doch vollkommen hinters Licht geführt.“	„Am 4. Januar 1883 forderte der „Sozialdemokrat“ zur Wahl der Delegierten auf, die bis Ende Februar erfolgt sein müsse, worauf den Delegierten weitere Mitteilungen zugehen würden. Obgleich der Natur der Dinge nach sehr viele Personen Ort und Zeit des Kongresses erfuhren, wurde die deutsche Polizei doch vollständig getäuscht.“

Bei Blos folgen persönliche Erlebnisse und einige Sätze über Kopenhagen. Anschließend bringt er wie Mehring[131]) die Beschlüsse des Kopenhagener Kongresses. Obwohl Blos dieselben in Parenthese setzt und Mehring nicht, wäre es dennoch möglich, daß er sie von diesem entnommen hat. Hier besteht zwar auch die Möglichkeit, daß Blos ein Kongreßprotokoll vorgelegen hat.

Auch die Angaben von Blos über den Anarchismus[132]) in der Sozialdemokratie decken sich im wesentlichen mit denen Mehrings.

An der folgenden Stelle stimmen sie wieder wörtlich überein:

Blos II, 99	Mehring IV, 236
„Schon im Juli 1882 war in Wien der Schuhfabrikant Merstallinger von Anarchisten mit Chloroform betäubt und um 1000 Gulden beraubt worden. Einer der Anstifter dieser Tat flüchtete nach Amerika, ohne daß die österreichische Regierung seine Auslieferung verlangte, obschon die Unionsregierung dazu bereit war. Es folgten nun der Raubmord in Straßburg an dem Apotheker Lienhard und an einer Schild-	„Bereits im Juli 1882 wurde der Schuhfabrikant Merstallinger in Wien von Anarchisten mit Chloroform betäubt und um 1000 Gulden beraubt. Zu den intellektuellen Urhebern des Anschlags gehörte ein gewisser Hotze, der nach Amerika flüchten durfte, ohne daß die österreichische Regierung seine Auslieferung verlangte. . . . Schnell hintereinander folgten nun am 22. Oktober der Raubmord an dem Apotheker Lien-

[131]) Blos II, S. 55; Mehring IV, S. 221/22.
[132]) Blos II, S. 94 ff.; Mehring IV, S. 235 ff.

wache in Straßburg am 22. Oktober 1883, und gleich darauf, am 21. November das Raubmordattentat auf den Bankier Heilbronner in Stuttgart."

hard in Straßburg, am 29. Oktober eine Dynamitexplosion im Frankfurter Polizeigebäude, am 21. November das Raubmordattentat auf den Bankier Heilbronner in Stuttgart."

(Ueber den beim Niederwald-Attentat beteiligten Weber Palm:)

Ebenda

„Aber der Weber Palm, der die Kosten für die Vorbereitung des Attentats aufgebracht hatte, wurde nicht mitangeklagt, sondern nur als Zeuge vernommen, verweigerte die Auskunft über die Quelle, aus der die Mittel geflossen und tat nachher Spitzeldienst."

S. 237/38

„ . . . weil der Weber Palm, der die fraglichen RM. 40.— beigesteuert hatte, gleichwohl aber nicht mitangeklagt worden war, sondern als Zeuge vernommen wurde, jede Angabe über die Herkunft des Geldes verweigerte."

Ueber den Dampfersubventionsstreit[133]) sagt Blos wieder dasselbe wie Mehring. Auch hier fällt die Uebereinstimmung sofort ins Auge. Daß Blos bei Mehring abgeschrieben hat, ist sehr wahrscheinlich. Auf Seite 128 gibt er Schippels Reichstagshandbuch an. Schippel selber verweist auf Mehring.[134])

Blos muß das auch gelesen haben und so auf Mehring hingewiesen worden sein. Aber er hat zweifellos auch ohnedies Mehring benützt; das geht aus nachfolgenden Stellen hervor, die sich gleichfalls sehr ähnlich sind.

Die Reihenfolge des Wortlauts ist bei Blos nicht immer dieselbe wie bei Mehring, was unseren Verdacht aber nicht ausschließt, da Blos ja umgestellt haben kann.

Wir zitieren nur die Stellen, die starke Aehnlichkeit zeigen.

Blos II, 126

„Aber die Mehrheit der Fraktion war der Meinung, — und dieser pflichtete auch ich bei — daß unter den vorgeschlagenen Linien auch solche seien, die mit der Kolonialpolitik keine Berührung hätten. Sie hätten nur den Zweck den internationalen

Mehring IV, 266

„ . . . Die Mehrheit meinte, daß einzelne der vorgeschlagenen Dampferlinien mit der Kolonialpolitik nicht zusammenhingen, sondern nur dazu dienen würden, den internationalen Verkehr der Völker und damit die Werke des Friedens

[133]) Vergl. hierüber unseren 2. Abschnitt.
[134]) a. a. O. S. 339.

Verkehr zu fördern. In der Tat hat die Sozialdemokratie alles Interesse daran, den Weltverkehr . . .sich frei entfalten zu lassen. Nun kam noch hinzu daß Bismarck, wie bekannt war, den Bremer Handel mit Ostasien und Australien zu Ungunsten Hamburgs bevorzugen wollte, welches damals den Handel mit diesen Gebieten fast ganz an sich gezogen hatte. . . .

Wenn der Bremer Lloyd die Subvention erhalte, sagten sie, könne diese Gesellschaft die erforderlichen Schiffe aus dem Bestand ihrer Handelsflotte entnehmen; wenn aber die Hamburger Reedereien mit der Subvention bedacht würden, dann müßten diese neue Schiffe bauen, und es bekämen die zahlreichen Werftarbeiter, Schiffszimmerer usw., die damals brotlos waren, Beschäftigung . . .

Doch machte sie ihre Zustimmung davon abhängig, daß die neu einzustellenden Schiffe Dampfer ersten Ranges und auf deutschen Werften gebaut werden müßten. Wenn aber die letzteren Bedingungen abgelehnt oder wenn die afrikanische und die Samoalinie angenommen werden sollten, dann wollte die Fraktionsmehrheit gegen die ganze Vorlage stimmen.

zu fördern, was auch im Interesse des Proletariats liege . . . . . Der Handel Deutschlands mit Ostasien und Australien war zu elf zwölftel in den Händen Hamburgs, während Bremen nur eine starke Reiseeinfuhr hatte, und es war ein offenes Geheimnis, daß Bismarck die Subvention dem Bremer Lloyd zuwenden wollte, wodurch der Hamburger Handel und nicht zuletzt das Hamburger Proletariat arg geschädigt werden mußte. Als das größte Reeedereigeschäft Deutschlands konnte der Bremer Lloyd sofort eine große Flotte älterer Schiffe einstellen, dagegen mußte die Hamburger Reederei, wenn ihr die neuen Schiffe übertragen wurden, neue Schiffe bauen, womit den damals zu vielen Tausenden brotlosen Schiffsbauern Arbeit geschaffen worden wäre . . .

. . . . jedoch auch ihre Zustimmung, soweit sie ging, davon abhängig zu machen, daß die einzustellenden Schiffe neue Dampfer ersten Ranges und auf deutschen Werften gebaut sein müßten, schließlich aber die ganze Vorlage zu verwerfen, falls diese Bedingung abgelehnt oder eine der zurückgewiesenen Linien vom Reichstag bewilligt werden sollte."

Eine nachfolgende Stelle (vergl. oben) die wieder sehr beweiskräftig ist:

Blos II, 129

„Zuerst protestierte die Züricher Mitgliedschaft, welcher sich der „Sozialdemokrat" anschloß; dann die deutschen Sozialisten in Bern, London, Kopenhagen und Brüssel; aus Deutschland sandten Proteste Parteigenossen aus Leipzig, Rostock und Königsberg."

Mehring IV, 267

„Zuerst erhob sich die Züricher Mitgliedschaft gegen die Mehrheit der Fraktion, und im Einklang mit ihr auch der „Sozialdemokrat"; dann folgten die Genossen in Bern, London, Brüssel, Kopenhagen, in Deutschland selbst die Leipziger, Rostocker, Königsberger Parteimitglieder."

Immer wieder stoßt man bei Blos auf Aeußerungen, die sich mit solchen Mehrings fast wörtlich, inhaltlich ganz decken. Es ist natürlich nicht möglich hier alle folgen zu lassen.[135]) Zum Beweis sollen nur noch zwei Stellen angeführt werden.

Blos II, 141

„Die sozialdemokratische Fraktion ließ durch Paul Singer vor dem Reichstage das Bild eines klassischen Lockspitzels erscheinen. Ihring = Mahlow nannte man den Menschen, der, ursprünglich ein Schutzmann namens Ihring, sich als „Techniker Mahlow" in die Berliner Sozialdemokratie eingeschlichen hatte. Er schwelgte in Majestätsbeleidigungen, vertrieb anarchistische Schriften und wirkte für die „Propaganda der Tat."

Mehring IV, 278

„In den fälligen Debatten über den kleinen Belagerungszustand zog Singer einen Lockspitzel ans Tageslicht, den Schutzmann Ihring, der sich unter dem Namen eines Mechanikers Mahlow in einen Berliner Arbeiterverein geschlichen hatte, um hier durch große Majestätsbeleidigungen, durch den Vertrieb anarchistischer Schriften und durch Aufreizung zu Dynamitattentaten zu wirken."

Blos II, 142[136]

„Um diese Zeit war es auch, als Bismarck im Reichstage einen Ausspruch Bebels über

Mehring IV, 278[137]

„ . . während Bismarck einen vollkommen zutreffenden Satz Bebels über russische Zustände

[135]) Vergl. Blos II, S. 150/51 mit Mehring IV, S. 289/90.
Blos II, S. 150 mit Mehring IV, S. 291.
Blos II, S. 155 mit Mehring IV, S. 293.
[136]) Vergl. S. 59 im folgenden Anhang.
[137]) Im selben Zusammenhang!

russische Zustände dahin auslegen wollte, daß die deutsche Sozialdemokratie Mord und Todschlag predige. Auch erklärte er es für möglich, daß Karl Marx „Mörder gezüchtet" habe um sie gegen ihn auszusenden. Daraufhin erklärten die Töchter von Karl Marx, für ihren Vater sei Bismarck eine erheiternde Figur und zeitweilig ein unfreiwilliger, aber willkommener Mithelfer an der proletarischen Revolution gewesen. Wenn er Marx der Züchtung von Mördern beschuldige, so beweise er damit nur, daß Marx recht gehabt, als er gesagt, daß Bismarck bei all seiner Verschlagenheit doch nicht fähig sei, eine große und neue geschichtliche Bewegung wie die der Arbeiterklasse, zu begreifen."

so zu verdrehen suchte, als predige die deutsche Sozialdemokratie Mord und Todschlag. Da er es als zweifelhaft hinstellte, ob Marx nicht „Mörder gezüchtet" habe, um sie gegen ihn, den großen Bismarck, auszusenden, so erklärten die überlebenden Töchter von Marx öffentlich: Für ihren Vater sei Bismarck nur eine erheiternde Figur und höchstens noch ein stellenweise recht brauchbarer unfreiwilliger Helfershelfer der proletarischen Revolution gewesen; die Schauerromanvorstellung als ob ein Mann wie Marx sich damit abgeben könne, „Mörder zu züchten", zeige aufs neue mit wie großem Recht Marx in Bismarck nur einen, bei aller Verschlagenheit höchst bornierten preußischen Junker gesehen habe, der total unfähig sei, irgendwelche große geschichtliche Bewegung zu verstehen."[138])

Treibt man den Vergleich von Blos' mit Mehrings Angaben noch weiter, so ist das Endresultat, daß Blos im wesentlichen nicht sehr viel Neues bringt. So steht das, was er über die Septennatswahlen vom 21. Februar 1887 schreibt[139], ferner über den Parteitag von St. Gallen und das sog. „Aechtungs- und Expatriierungsgesetz"[140] vom Jahre 1888 auch schon bei Mehring. Beide bringen inhaltlich dasselbe. Mehring ist, wie schon erwähnt, ausführlicher. Bei Blos spielt das Persönliche die Hauptrolle.[141])

---

[138]) Bemerkenswert ist der wesentlich rabiatere Ton Mehrings, zu dem Blos doch nicht veranlagt war.

[139]) Bd. II, 150/51, bei Mehring S. 289/90.
Hier gibt Blos an, er folge „einer aus dem frischen Eindruck dieses Treibens herausgeschriebenen Darstellung." Leider fehlt auch hier wieder die Quellenangabe. Er deckt sich teils ganz wörtlich mit Mehring.

[140]) Bd. II, 157 ff; Mehring 294 ff und 299 ff.

[141]) Vergl. die Schlußbetrachtungen.

Hat Blos wirklich von Franz Mehring abgeschrieben? Wir glauben es genügend bewiesen zu haben. Der Vergleich der zitierten Stellen läßt keinen anderen Schluß zu. Wir wissen ja auch, daß Mehrings Werk von Blos benützt worden ist. Die immer wiederkehrende inhaltliche und die häufig wörtliche Uebereinstimmung sind ein sicherer Beweis. Einem Journalisten — und Blos ist, das zeigen seine Denkwürdigkeiten am allerbesten, eine echte Journalistennatur — ist durchaus zuzutrauen, daß er abschreibt. Ein Journalist versteht es auch, Sätze, die er irgendwo hergenommen hat, so zu verdrehen, daß der flüchtige Leser gar nicht oder nur kaum herausmerkt, wo er dieselben entnommen hat. Da Blos unterläßt, seine Quelle anzugeben, besteht auch die Möglichkeit, daß die eine oder andere Stelle, deren Quelle man bei Mehring zu vermuten geneigt ist, aus einer Nummer des „Sozialdemokrat" oder aus Reichstags- oder Kongreßprotokollen stammt. Dies ändert aber nichts an unserem Nachweis, der durch die häufig genaue wörtliche Uebereinstimmung mit Mehring ausreichend erbracht ist. Blos hat auch aus dem „Sozialdemokrat" geschöpft; er führt aus diesem nicht weniger als 10 Stellen an[142]), meistens Erklärungen der Fraktion. Auch noch andere Zeitungen haben ihm als Unterlage gedient. Im 1. Band schildert er den Besuch einer Hamburger Bettelherberge nach einer Skizze, die er damals veröffentlichte.[143]) Im 2. Band ist eine Schilderung des Lebens und Treibens von Auswanderern in Bremen, die Blos einstens für das „Norddeutsche Wochenblatt" daselbst schrieb, wörtlich abgedruckt. Mit der Wiedergabe dieser beiden Zeitungsartikel füllt er allein 7 Seiten der Denkwürdigkeiten. Aus einer Broschüre von Eugen Ernst zitiert er 3 Seiten wörtlich.[144]) Die Hauptbeschlüsse der Parteikongresse, die fast alle erwähnt werden, hat Blos vermutlich aus den vorhandenen Protokollen entnommen.[145]) Bei der Schilderung von Reichstagsverhandlungen bilden Schippels Reichstagshandbuch und jedenfalls auch die betreffenden Sitzungsberichte seine Quellen.

Blos hat sich also die Abfassung seiner Denkwürdigkeiten sehr erleichtert. Er hat in gewissem Sinne „zusammengeschrieben", was ihm als Journalist mit gewandter Feder sicherlich nicht schwer fiel.

---

[142]) Bd. II, 163 heißt es: „Wie ich aus dem „Sozialdemokrat" entnehme . .". Die betreffenden Jahrgänge des „Sozialdemokrat" waren mir leider nicht zugänglich.

[143]) Bd. I, 260—64.

[144]) „Polizeispitzeleien und Ausnahmegesetze" a. a. O. Bei Blos II, 91/93.

[145]) „Verhandlungen des Parteitags der deutschen Sozialdemokratie in St. Gallen", Zürich 1888 — Protokoll des Kongresses der deutschen Sozialdemokratie auf Schloß Wyden, Zürich 1880. — „Protokoll des Sozialistenkongresses zu Gotha", Hamburg 1877.

So ist das Ergebnis der Forschung nach den von Blos benützten Quellen, daß er deren viele herangezogen und sie in weitgehenstem Maße — oft ohne sie zu nennen — für seine Denkwürdigkeiten ausgenützt hat. Seine Auslassungen über parteipolitische Vorgänge sind demnach nicht als originell zu betrachten. Es konnte der Beweis erbracht werden, daß er häufig einfach aus Franz Mehrings „Geschichte der deutschen Sozialdemokratie" abgeschrieben hat. Dadurch verlieren seine Denkwürdigkeiten an historischem Wert.

Es dürfte sich lohnen, auch andere zeitgenössische Memoirenwerke unter dem Gesichtspunkt zu untersuchen, ob nicht auch in ihnen größere Partien modernen historischen Darstellungen mehr oder weniger entnommen sind!

Anhang.

Bemerkenswert ist, was Blos über das Septennat vom Jahre 1886 sagt (II, 149).

1886 brachte die Regierung bekanntlich eine neue Heeresvorlage an den Reichstag: Die Friedenspräsenzziffer des Heeres sollte auf rund 468 000 Mann erhöht und zwar sollte sie auf 7 Jahre festgelegt werden (das 3. Septennat).[146]) Die damals sehr gespannte außenpolitische Lage des Reiches, insbesondere die ewige Kriegshetze des französischen Kriegsministers Boulanger hatte die Regierung dazu bewogen. Blos schreibt (Bd. II, S. 149), daß die Opposition, welche aus dem Zentrum, den Freisinnigen und der Sozialdemokratie bestand, in Boulanger „einen Hanswurst" gesehen und sehr wohl begriffen habe, daß Bismarck mit dieser Vorlage eine Reichstagsauflösung herbeiführen wollte, um sich, da man mit dem baldigen Tode des alten Kaisers Wilhelm rechnete, für die kommende „neue Aera" eine gefügige Mehrheit zu sichern. Mit dem Septennat hätte es sonst wohl auch keine solche Eile gehabt. Die Sozialdemokratie verwarf die Vorlage gänzlich und stimmte gegen den ganzen Militäretat.

Blos verleiht auch hier der damaligen Ansicht seiner Partei offenen Ausdruck, wenn er schreibt, daß man in Boulanger einen „Hanswurst" gesehen habe. Was Boulanger in Wirklichkeit bedeutete, erübrigt sich hier anzuführen. Die neuesten Akten erweisen seine Gefährlichkeit.[147]) Hat doch der Präsident der französischen Republik, Grévy, selbst, dem deutschen Botschafter, Grafen Münster, gesagt, daß Boulanger zweimal den Krieg gewollt habe.[148])

Die Sozialdemokratie hatte eben für das bei der außenpolitischen Lage jener Zeit erforderliche Septennat keinen Sinn. So versteigt sich Blos auch zu der Aeußerung, daß anläßlich der Neuwahlen zum Reichstag[149]) „die ungeheuerlichsten Lügen" über eine drohende Kriegsgefahr von der Regierungspresse verbreitet worden seien. (II, 150) [150])

---

[146]) Vergl. Wahl a. a. O. S. 334 ff. und Fritz Hartung, Deutsche Geschichte von 1870—1914, Berlin 1920, S. 120 ff.

[147]) Vergl. auch Wahl ebenda.

[148]) Vergl. „Die große Politik der europäischen Kabinette" (herausgegeben vom Auswärtigen Amt), Bd. VI, 203 ff. Aktenstück Nr. 1275 (Münster an Bismarck, 17. Juli 1887).

[149]) Am 14. Januar war der Reichstag aufgelöst worden.

[150]) Daß Frankreich in bedenklichem Maße rüstete, ist einfach eine Tatsache. Vergl. hierzu Wahl a. a. O.

Bei Blos klingt noch die Erregung der Sozialdemokratie über die Reichstagsauflösung nach.[151])

Hierher gehören auch die Urteile von Blos über Bismarck. Sie lassen den Haß erkennen, den die Sozialdemokratie gegen ihren größten Feind hegte. Sie zeigen auch deren Verblendung. In der Verkennung von Bismarcks Persönlichkeit und staatsmännischer Größe kann man die Negation des Staates erblicken. Ein Kommentar ist hier eigentlich kaum notwendig.

„Man muß es übrigens Bismarck lassen, daß er die Bewegung (der Arbeiter) von vornherein beobachtete. Er hatte auch Versuche gemacht, sie für sich zu gewinnen, aber diese Versuche, die übrigens auch möglichst ungeschickt unternommen wurden, mißlangen kläglich. Der natürliche Haß gegen die Sozialdemokratie, den Bismarck als Junker, Agrarier und Reaktionär in sich trug, wurde durch diese Abweisung ins maßlose gesteigert . . ." (Bd. I, S. 202).

Bei der Schilderung der Persönlichkeiten im Reichstag (Bd. I, S. 255 ff.) schreibt Blos über den Kanzler[152]): „Der typische Feudaljunker kam wieder zum Vorschein und es wurde auch bald der Hintergedanke offenbar, den er bei der Reichsgründung gehabt, nämlich seiner verkrachenden Junkerkaste wieder empor zu helfen. Bald konnten die Junker ihre agrarischen Beutezüge über das ganze Reich ausdehnen."[153])

„Man hat an Bismarck oft seine genaue Kenntnis der Menschen und Zustände gerühmt. Mit dem Sozialistengesetz zeigte dieser märkische Junker, daß er Menschen und Zustände in Deutschland gar nicht kannte." (Bd. I, S. 250).

---

[151]) Was er im übrigen über die „Septennatswahlen" sagt, beleuchtet die damalige Situation ganz gut. Blos versteht anschaulich zu schildern. Vergl. unsere Schlußbetrachtung. — (Daß Bismarck diese Vorlage zur Reichstagsauflösung benützen wollte, ist richtig.)

[152]) Dieses Urteil fällt entschieden etwas aus dem Rahmen der Schilderung der andern Reichstagspersönlichkeiten. Vergl. oben S. 17, Anm. 21.

[153]) Durchaus zulässig und meistens zutreffend sind dagegen die folgenden Sätze über Bismarck (auf ders. Seite):
„Fürst Bismarck war damals 62 Jahre alt und sehr rüstig. Das vollständig kahle Haupt glänzte wie eine Billardkugel. Er besaß viel Witz und Humor, der aber fast immer schwarzgallig herauskam. Bismarck wäre einer der besten Redner gewesen, wenn er nicht ein so außerordentlich schwaches Organ gehabt hätte. Daher wurde der unmittelbare Eindruck seiner Reden sehr beeinträchtigt. Nur wenn er in Zorn geriet, konnte er einzelne Sätze sehr laut hervorstoßen. Und er geriet oft in Zorn. Einmal drohte er sogar der Linken wegen eines Zwischenrufs mit der geballten Faust. Er trug dem Reichstag gegenüber eine große Geringschätzung zur Schau, sowohl gegen die Körperschaft, als gegen einzelne Personen . . ."
Hier hat Blos die Parteibrille abgenommen.

„Ein moderner Staatsmann hätte es vermieden, gegen eine Bewegung von solcher Lebenskraft mit einem Ausnahmegesetz und noch dazu auf Grund einer groben Lüge vorzugehen. Aber Bismarck war ein Staatsmann der alten Schule und war an der Metternichschen Polizeiweisheit kleben geblieben . . ." (Bd. I, 247).

„Auch dieser „starke Mann", dem seine Verehrer schier übermenschliche Eigenschaften zuschrieben, war nur ein Werkzeug der historischen Notwendigkeit, als er diesen Kampf (gegen die Sozialdemokratie) begann. Er wollte die Sozialdemokratie aufs äußerste drangsalieren und zur Verzweiflung treiben, um sie dann bei einer vermeintlich kommenden bewaffneten Erhebung mit einem Schlage zu vernichten. Aber Bismarck läutete auch nur die Sturmglocke für die Arbeiterklasse." (Bd. II, S. 3).

„Man hat ihm nachgerühmt, daß er einer der trefflichsten Kenner des deutschen Volkscharakters sei. Aber er hat den Beweis geliefert, daß er den Klassencharakter des deutschen Arbeiters gar nicht kannte. Sonst hätte er wissen müssen, daß er die Lockpfeife der Sozialreform vergebens blasen würde." (Bd. II, S. 34).

„Um diese Zeit (1886) war es auch, als Bismarck im Reichstag einen Ausspruch Bebels über russische Zustände dahin auslegen wollte, daß die deutsche Sozialdemokratie Mord- und Todschlag predige. Auch erklärte er es für möglich, daß Karl Marx „Mörder gezüchtet habe", um sie gegen ihn auszusenden. Daraufhin erklärten die Töchter von Karl Marx, für ihren Vater sei Bismarck eine erheiternde Figur und zeitweilig ein unfreiwilliger, aber willkommener Mithelfer an der proletarischen Revolution gewesen. Wenn er Karl Marx der Züchtung von Mördern beschuldige, so beweise er damit nur, daß Marx recht gehabt, als er gesagt, daß Bismarck bei all seiner Verschlagenheit doch nicht fähig sei, eine große und neue geschichtliche Bewegung, wie die der Arbeiterklasse, zu begreifen." (Bd. II, S. 142). [154])

Blos stellt sich also hinter diese Aeußerung der Töchter von Karl Marx. Er fährt fort: „In der Tat blieb Bismarck stets ein Staatsmann der alten Schule und kultivierte immer noch in Bezug auf

[154]) Vergl. Mehring a. a. O. Bd. 4, S. 278, der fast wörtlich dasselbe schreibt. (Vergl. hierzu den dritten Abschnitt).

Bismarck war wohl zu diesem Ausspruch berechtigt, da es damals in der Sozialdemokratie doch auch verbrecherische Elemente gab, die allerdings Leute wie Bebel abstießen, weshalb man auch stets deren Beziehungen zur Sozialdemokratie — die nicht zu leugnen sind — wegzustreiten suchte. „Es war eine naturnotwendige Entwicklung, daß nicht wenige von den Sozialdemokraten verdorbene Elemente einfach zu Anarchisten der Tat, d. h. zu Verrätern und Mördern wurden." (Wahl a. a. O. S. 169. — Vergl. auch unseren 2. Abschnitt).

Volksbewegungen die längst abgetane Auffassung, die der Bundestag seinerzeit unter Metternich aus der Verschwörungszeit der ersten Hälfte des vorigen Jahrhunderts heraus sich konstruiert hatte." (Bd. II, S. 142).

Nichts zeigt uns klarer die parteipolitische Befangenheit von Blos als diese Urteile über den Kanzler, die wir als höchst oberflächlich ablehnen müssen. Interessant ist im übrigen, wie hier der Versuch gemacht wird, Bismarck als „Werkzeug der historischen Notwendigkeit" hinzustellen. Abgesehen von aller Verkennung der Größe Bismarcks — Blos huldigt eben der materialistischen Geschichtsauffassung — sind es teils doch auch heftige Entgleisungen. Sie entwürdigen die Denkwürdigkeiten und werfen auf den Verfasser, der den Anspruch stellt, auch Historiker zu sein, ein ungünstiges Licht.

Beachtenswert ist ferner was Blos über die Auffassung der Sozialdemokratie von ihrer parlamentarischen Tätigkeit äußert.

Bei den Reichstagswahlen von 1884 hatte die Sozialdemokratie 24 Sitze gewonnen, gegenüber 12 im Jahre 1881.[155]) Sie konnte damit selbständig Anträge im Reichstag einbringen.[156]) „Trotzdem, schreibt Blos (II, S. 123), betrachteten wir entsprechend der Tradition der Partei unsere parlamentarische Tätigkeit nur als Mittel zur Propaganda für den Sozialismus." Er bestätigt damit den Beschluß des St. Gallener Parteitages vom Jahre 1887,[157]) der der Reichstagsfraktion empfahl, nach wie vor hauptsächlich die kritisch-agitatorische Tätigkeit zu pflegen und sich an der positiv gesetzgeberischen nur dann zu beteiligen, „wenn über die Bedeutung und Tragweite einer solchen Tätigkeit für die Klassenlage der Arbeiter in politischer und sozialer Beziehung kein Zweifel und keine Illusion geweckt werden könne."[158])

Daß die Sozialdemokratie auch schon vor dem genannten St. Gallener Beschluß denselben Grundsatz vertrat, geht aus ihrem Verhalten zur Sozialreform Bismarcks im Jahre 1884 hervor, das ja genügend bekannt ist.[159]) Sie wollte eben damals der Regierung nichts bewilligen, weil sie befürchtete, diese könnte sonst zu mächtig

---

155) Vergl. Specht, „Reichstagswahlen" a. a. O.

156) Solange sie nur 12 Sitze inne hatte, mußte sie, da der Antrag, den eine Fraktion selbständig stellen wollte, 15 Unterschriften tragen mußte, bei anderen Parteien die fehlenden Unterschriften sammeln.

157) „Der sich im allgemeinen gegen die gesamte Politik Bismarcks richtete." (Blos Bd. II, S. 164).

158) Vergl. „Verhandlungen des Parteitags der deutschen Sozialdemokratie in St. Gallen", abgehalten vom 2. bis 6. Oktober 1887, Hottingen-Zürich 1888.

159) Vergl. Wahl a. a. O. Bd. 2. S. 145 ff., bes. S. 153/54.

werden. Die Auffassung der sozialdemokratischen Partei von ihrer parlamentarischen Tätigkeit, die Blos hier kundgibt, findet sich bei Bebel bestätigt.[160]) Engels schreibt unter dem 24. November 1879 an Bebel: „Die Fragen, in denen sozialdemokratische Abgeordnete aus der reinen Negation heraustreten können, sind sehr eng begrenzt. Es sind alles Fragen, in denen das Verhältnis der Arbeiter zum Kapitalisten direkt ins Spiel kommt. Fabrikgesetzgebung, Normalarbeitstag, Haftpflicht, Lohnzahlung in Waren usw. . . . . In allen anderen ökonomischen Fragen, wie Schutzzölle, Verstaatlichung der Eisenbahn, die Assekuranzen usw. werden sozialdemokratische Abgeordnete immer den entscheidenden Gesichtspunkt behaupten müssen, nichts zu bewilligen, was die Macht der Regierung gegenüber dem Volk verstärkt." Es war die Erwiderung Engels auf einen Brief Bebels vom 18. November 1879, in dem Bebel die Meinung vertrat, daß sich die Partei — solange sie parlamentarisch mitmache — in der bloßen Negation nicht werden halten können, da die Masse verlange, daß auch für das Heute gesorgt werde, unbeschadet dessen, was morgen komme. Man müsse Rücksicht auf die Masse nehmen.[161]) Blos schreibt ja auch[162]), daß die Abstimmung gegen das Kranken- und Unfallversicherungsgesetz der Fraktion dadurch erleichtert worden sei, weil die Arbeiter — mit Bebel zu sprechen die Masse — sich von diesem „Zuckerbrot" Bismarcks nicht habe verlocken lassen wollen. Man hatte also die Stimmung der Masse berücksichtigt. Sicherlich haben aber nicht alle Arbeiter Bismarcks Sozialgesetzgebung als „Zuckerbrot" angesehen, sondern im Wesentlichen nur diejenigen, die von den Agitatoren gegen das System aufgehetzt worden waren. Die Sozialdemokraten werden es im übrigen sicherlich verstanden haben, bei den Massen gegen die beiden Gesetze Stimmung zu machen, indem sie die Sozialreform als verfängliches „Zuckerbrot" hinstellten und so den ehrlichen Willen der Regierung, an den sie ja laut Beschluß des Kopenhagener Kongresses (Vergl. oben) nicht glaubten, verleugneten.[163])

---

160) Bebel, a. a. O. III, 79.

161) Ebenda S. 76.

162) Bd. II, S. 85.

163) Bismarck hatte dem Abgeordneten v. Vollmar, der in seiner Reichstagsrede vom 13. März 1884 diese ehrliche Absicht der Regierung bestritt, in richtiger Erkenntnis schlagfertig zugerufen: „Daß die Führer der Sozialdemokratie diesem Gesetz (dem Unfallversicherungsgesetz) keinen Vorteil wünschen, das begreife ich, sie brauchen eben unzufriedene Arbeiter . . ." „Also auf die Einwendungen, die von den Führern der Sozialdemokratie kommen, lege ich keinen Wert; auf Einwendungen die von den Arbeitern im Allgemeinen kommen, würde ich einen sehr großen Wert legen." Vergl. Reichstagsverhandlungen vom 13., 14. und 15. März 1884 (5. Leg. Per. 4. Session) Bd. II.

Blos weist den Vorwurf, der gegen seine Partei gemacht worden sei, sie hätte Negation um jeden Preis getrieben und hätte die in den Vorlagen gemachten Zugeständnisse an die Arbeiter abgelehnt, nur weil dieselben von der Regierung gemacht worden seien, zurück (Bd. II, S. 85). In den Verbesserungsanträgen (die Blos selber einbrachte) habe ja der Beweis gelegen, daß die Sozialdemokratie keine Politik der „reinen Negation" habe treiben wollen. Auch hätte sich die Fraktion eifrig an der Beratung beider Gesetze beteiligt; fast alle Fraktionsmitglieder hätten dazu gesprochen.

Diese Beschuldigung besteht aber wohl zu recht[164]). Die Fraktion lehnte die Vorlage ab, einfach weil sie befürchtete, die Regierung könnte dadurch die Arbeiterschaft für sich gewinnen. Die Verbesserungsanträge mußten im Interesse der Wählerschaft gemacht werden, die andernfalls sicher unzufrieden gewesen wäre.[165]) Man wollte eben dem „Klassenstaat" nichts bewilligen. Es war dies nichts anderes als „reine Negation".

Zur Bekräftigung dieses Verhaltens der Sozialdemokratie im Reichstag sei schließlich noch eine allerdings schon ältere Resolution angeführt, die Bebel und Liebknecht, die führenden Köpfe, auf einem Kongreß der Partei im Jahre 1870 in Stuttgart faßten[166]): „Die sozialdemokratische Arbeiterpartei beteiligt sich an den Reichs- und Zollparlamentswahlen lediglich aus agitatorischen Gründen. Die Vertreter der Partei im Reichstag und Zollparlament haben, soweit es möglich, im Interesse der arbeitenden Klassen zu wirken, im Großen und Ganzen aber sich negierend zu verhalten und jede Gelegenheit zu benützen, die Verhandlungen beider Körperschaften in ihrer ganzen Nichtigkeit zu zeigen und als Kommödienspiel zu entlarven. Die sozialdemokratische Arbeiterpartei geht mit keiner anderen Partei Allianzen und Kompromisse ein," usw.

Heinrich von Treitschke, der ja länger im Reichstag saß, gibt uns einmal seinen Eindruck von der Sozialdemokratie im Reichstag wieder.[167]) Er sagt — und der obigen Resolution nach wohl mit Recht — der Parlamentarismus gelte ihr (der Sozialdemokratie) als ein „Gaukelspiel", darum zeige sich auch auf parlamentarischem Boden eine vollendete Unfruchtbarkeit. „Ich kann von mir selbst wie von vielen Reichstagsmitgliedern versichern, daß wir in das Haus eintraten mit dem ehrlichen Willen, etwas zu lernen von unseren

[164]) Vergl. oben

[165]) Die Fraktion mußte mit einer Ablehnung der Verbesserungsanträge rechnen und rechnete auch damit, da diese zu sehr auf den Vorteil der Sozialdemokratie abgestellt waren und damals deshalb vom Plenum nicht angenommen werden konnten. — Vergl. Wahl, a. a. O.

[166]) Bebel, a. a. O. II. Bd. S. 117.

[167]) In „Der Sozialismus und seine Gönner", Berlin 1875, S. 58

sozialdemokratischen Genossen. Und was lernten wir? Immer wieder dieselben abgestandenen Redensarten über die Klassenherrschaft, bald in leidlich anständiger Form, bald mit verständlichen Drohungen gewürzt . . ." Fast denselben Eindruck gewann Robert v. Mohl.[168]): „Sie (die sozialdemokratischen Redner) sprachen sämtlich sehr geläufig, offenbar eingeübt durch ihr vielfaches Auftreten in Arbeiterversammlungen; allein ohne eine Ahnung von allgemeinen staatlichen Gedanken und Interessen, und im engsten Ideenkreise alles auf die Arbeiter beziehend oder dahin zerrend. Manchmal drohten sie mit künftigem Siege und sprachen offen von ihren Wühlereien. Ihre eigenen Anträge waren gewöhnlich geradezu lächerlich . . ."

Unter dem Sozialistengesetz war die Haltung der sozialdemokratischen Abgeordneten, wie aus den Reichstagssitzungsberichten hervorgeht, wesentlich radikaler und ablehnender, da ihre Partei damals verfolgt wurde. Ihre Erbitterung darüber läßt sich aus ihren Reichstagsreden entnehmen. Bei Blos klingt sie noch in dessen zitierten Urteilen über Bismarck nach. (Vergl. oben!)

Einzelheiten.

Das Reichstagspräsidium Forckenbeck.

Unter Blos' Urteilen über historische Persönlichkeiten soll vor allem noch kurz auf sein Urteil über das Reichstagspräsidium Forckenbeck eingegangen werden.[169])

Er schreibt über Forckenbeck (Bd. 1, 230/31): „Von allen Präsidenten, die ich binnen $3^1/_2$ Jahrzehnten kennen gelernt, war dieser sicherlich der rücksichtsloseste. Er konnte schnauzen, schnarren und näseln wie die feudalsten ostelbischen Junker.[170]) Die gewerbsmäßige Schlußmacherei Valentins[171]) genügte ihm nicht; er verweigerte den

[168]) Lebenserinnerungen, a. a. O. S. 169 (Frühjahrssession des Reichstags 1874).

[169]) Max von Forckenbeck, der bekannte liberale Politiker, war von 1865 an im Reichstag. Von Februar 1874 bis November 1879 füllte er den Posten des ersten Reichstagspräsidenten aus. Vergl. Martin Philippson Max von Forckenbeck, Ein Lebensbild, Dresden und Leipzig 1898

[170]) Ab und zu befleißigt sich Blos bei seinen Aeußerungen eines unvornehm zu nennenden Tones, wodurch der ästhetische Wert der Denkwürdigkeiten beeinträchtigt wird. Vergl. unseren 1. Abschnitt.

[171]) Der nationalliberale Abgeordnete Valentin pflegte sehr häufig — wie aus den Reichstagsverhandlungen ersichtlich ist — Anträge auf Schluß der Debatte zu stellen, die er namentlich bei sozialdemokratischen Rednern „aus der Tasche zu ziehen" die Gewohnheit hatte, was diese natürlich ärgerte. Blos sagt (I, S. 215), daß dadurch die Minoritätsparteien jederzeit mundtot gemacht werden konnten. Valentin habe diese Schlußanträge — die er stets vorrätig hatte — mit Forckenbecks vorherigem Einverständnis gestellt.

sozialdemokratischen Abgeordneten oft geradezu das Wort. Dies geschah namentlich bei Most, der einen fürchterlichen Rededrang hatte . . . ."

Forckenbeck scheint bei der Linken des Reichstags allgemein unbeliebt gewesen zu sein, denn auch Bebel sagt, daß Forckenbeck der parteiischste Präsident gewesen sei, den der Reichstag je gehabt habe.[172])

„Sobald Forckenbeck den Schluß der Debatte wünschte, gab er Valentin das verabredete Zeichen, worauf dieser gehorsam den Schlußantrag stellte, dem alsdann wie auf Kommando die Mehrheit, — Nationalliberale und Konservative — Folge leistete."[173])

Ob letztere Behauptung Bebels richtig ist, vermögen wir hier nicht genau zu beurteilen; sie müßte erst näher geprüft werden. Auffallend ist immerhin, daß Blos über Forckenbeck und Valentin dasselbe äußert.[174])

Der bekannte fortschrittliche Reichstagsabgeordnete Eugen Richter bestätigt das Urteil der beiden Sozialdemokraten über Forckenbeck keineswegs durchweg.[175]) Er schreibt, daß der Präsident in den Vorschlägen der geschäftlichen Behandlung auch den Interessen der Minderheit Rechnung getragen habe. Er sei aber auf Seiten der Mehrheit dem Argwohn begegnet, „daß er seine Präsidialstellung im Interesse seiner Partei ausnützen wollte." Forckenbeck habe tatsächlich die Redner der Linken „in der Reihenfolge des Aufrufs," „durch ungerechtfertigte Unterbrechungen und durch Zurechtweisungen bei den Reden" ungünstig behandelt.[176])

Also Eugen Richters Urteil, eines Redners der Linken, ist durchaus nicht so abfällig wie das der beiden sozialdemokratischen Reichstagsabgeordneten. Ganz anders urteilt Robert von Mohl[177]) über Forckenbecks Präsidiumsführung: „Forckenbeck erwies sich als ein ausgezeichneter Präsident, welcher namentlich die Fragestellung meisterhaft handhabte." Ein andermal sagt er,[178]) daß Forckenbeck

---

[172]) a. a. O. II, S. 300/301.

[173]) Es gab damals (1874) keine Rednerliste mehr, wodurch die Stellung eines solchen Schlußantrages erleichtert wurde. Bebel sagt, daß sich wegen Valentins Schlußanträgen im Reichstag die Bezeichnung: „der redenwollende Abgeordnete sei „valentiert" worden," gebildet habe!

[174]) Vergl. oben Anm. 171.

[175]) Eugen Richter, Im alten Reichstag, 2 Bände, Berlin 1894/96, 2. Band S. 123.

[176]) Richter hatte diesen Eindruck offenbar nicht während Forckenbecks ganzer Präsidentenzeit, denn er schreibt, „in der letzten Zeit".

[177]) Der bekannte Staatsrechtslehrer und Staatsmann; 1874 kam er in den Reichstag. Vergl. seine Lebenserinnerungen a. a. O. S 161. — Vergl. auch oben S. 63.

[178]) Ebenda S. 169.

den Sozialdemokraten, die bei jeder Gelegenheit zum Wort zu kommen suchten, dieses „außer allem Verhältnis zu ihrer kleinen Zahl, aber politisch wohl richtig“ oft eingeräumt habe. R. v. Mohls Urteil — der im übrigen von hohen Gesichtspunkten aus und sachlich schreibt — scheint, das geht auch aus den Reichstagsverhandlungen hervor, das richtige zu sein.

Als das sozialdemokratische M. d. R. Bracke auf Bismarcks Reden bei der zweiten Beratung des Gesetzentwurfes „gegen die gemeingefährlichen Bestrebungen der Sozialdemokratie“ erwidert, läßt ihm Forckenbeck größte Freiheit, um Bracke zu ermöglichen, auf die Behauptungen des Reichskanzlers einzugehen.[179]) Forckenbeck schneidet Bebels und Brackes lange Reden nicht ab. Einmal nimmt er einen Redner, der diejenigen, welche für das Sozialistengesetz stimmen, als Landesverräter bezeichnet, gegen die Angriffe (Zwischenrufe) aus dem Plenum in Schutz. Er hält sich streng an die Geschäftsordnung indem er diesen Redner zur Ordnung ruft, ihn dann aber weiter sprechen läßt.[180])

Aus den stenographischen Berichten über die damaligen Reichstagsverhandlungen[181]) gewinnt man im übrigen durchaus nicht den Eindruck, daß die sozialdemokratischen Redner nicht genügend zu Wort gekommen sind. Im Gegenteil, sie redeten häufiger als es ihrer Fraktionsstärke zugekommen wäre; auf jedenfall erteilte ihnen das Präsidium Forckenbeck in genügender Weise das Wort.[182])

Blos' Urteil über Forckenbeck ist demnach als zu sehr durch die Parteibrille gesehen zu verwerfen. Daß Valentins Schlußanträge Forckenbeck, wenn er als Präsidium dem unsachlichen Redeschwall der sozialdemokratischen Redner schließlich oft gern ein Ende bereitet hätte, dann und wann angenehm waren, ist dabei nicht unmöglich. Damit ist aber noch nicht gesagt, daß er diese — wie Blos und Bebel behaupten — offiziell unterstützte. Letzteres müßte erst nachgewiesen werden.

---

179) Vergl. Reichstagsverhandlungen vom 10. Okt. 1878 (vierte Legisl. Per., Bd. I).

180) Vergl. ebenda, 9. Okt. 1878.

181) Wir haben diejenigen von 1878 (Sozialistengesetz) bis 1879 (4. Leg. Per., 1. und 2. Session) daraufhin durchgesehen.

182) Man muß sich darüber wundern, daß sie vom Reichstag immer so ruhig angehört wurden, da sie doch meistens gar nicht zur Sache redeten und oft die wüstesten Angriffe gegen die Regierung richteten. So tat der Sozialdemokrat und Anarchist Hasselmann einmal die Aeußerung (vergl. Reichstagsverhandlungen ebenda): „Wenn wir in einer solchen Weise unter der Tyrannei einer Gesellschaft von Banditen existieren sollen . . . .“

Wenn wir schon zugegeben haben, daß die Urteile von Blos über bedeutende Reichstagsmitglieder nicht immer ungeschickt seien und daß er dabei oft wesentliche Züge hervorzuheben verstehe,[183]) so muß einem auf der anderen Seite die Art wie er über Theodor Mommsen und vor allem über Heinrich von Treitschke urteilt, an seiner Urteilsfähigkeit über eine Persönlichkeit völlig zweifeln lassen.

Ueber Heinrich von Treitschke, den er als Student in Heidelberg in Vorlesungen hörte, äußert er (Bd. I, S. 41): „Fast eine Stunde füllte er durch eine mit Brüllen hervorgestoßene Schimpferei aus, in welcher er die französische Revolution als ein ungeheures Verbrechen brandmarkte, weil Maria Antoinette mit bloßen Füßen und im Hemde über einen Korridor des Versailler Schlosses springen mußte. Diese Art von Geschichtsauffassung war mir schon damals zuwider."

Dann bezeichnet er ihn (Bd. I, S. 219) als den „immer schimpfenden gänzlich tauben Treitschke." Mag Blos auch einer anderen Geschichtsauffassung sein — wir wissen ja, daß er die materialistische vertritt — so müssen wir dennoch dieses Urteil als nichtswürdig und frivol, vor allem aber als sachlich falsch bezeichnen, denn schließlich schimpfte Treitschke keineswegs immer! Man muß hier Blos einfach das Gefühl für das was sich gehört, absprechen.[184])

Von Theodor Mommsen sagt er an einer Stelle, dieser habe in einem Schreiben an seine Wähler (die Verlängerung des Sozialistengesetzes betreffend) das „Mühlrad" aufgewiesen, „das in seinem Kopfe herumging." „Jämmerlicher als dieser berühmte Professor", heißt es ein andermal.

Der Stil, dessen sich Blos bei derartigen Urteilen befleißigt, läßt manches zu wünschen übrig.

Im allgemeinen wird Blos nur solchen Persönlichkeiten gerecht, die die Sozialdemokratie gebilligt haben. So sind auch seine Auslassungen über die alten Achtundvierziger—Demokraten deshalb anerkennend, weil die, denen er begegnete im allgemeinen ein Verständnis für die Bewegung des Proletariats zeigten.[185])

---

[183]) Vergl. S. 12, Anm. 1.

[184]) Vergl. seine oben zitierten Urteile über Bismarck. Auffallend ist, daß Blos von Moltke schreibt (I, S. 217), dieser sei „ein Kavalier in gutem Sinne des Wortes"; er habe die Sozialdemokraten im Reichstag „streng prinzipiell, aber niemals mit Beschimpfungen" bekämpft. Ebenso lobt er den Konservativen von Levetzow (II, S. 35), der sein Amt als Reichstagspräsident „mit vollendeter Unparteilichkeit" und „mit ritterlichem Anstand" ausgeübt habe.

[185]) Vergl. oben S. 21, Anm. 41.

Schlußbetrachtungen.

Wir sind am Ende unserer Untersuchung angelangt. Es gilt nunmehr die einzelnen Ergebnisse zusammenzufassen, um zu einem Gesamturteil über den historischen Quellenwert der Denkwürdigkeiten von Wilhelm Blos gelangen zu können.

Wie schon einleitend angeführt wurde, sind die Blosschen Denkwürdigkeiten sicherlich lehrreich, da wir in ihnen unter anderem doch manches über die Leiden der Sozialdemokratie unter dem Sozialistengesetz erfahren, über die damaligen inneren Parteiverhältnisse und ferner das regierende Verhalten der Sozialdemokratie zum damaligen Staat in charakteristischer Weise neu bestätigt finden. Diese Tatsache machte die Denkwürdigkeiten einer eingehenden Kritik wert.

Auf den ersten Blick können die Blos'schen Aufzeichnungen zweifellos imponieren, da es der Verfasser versteht, die damaligen historischen Vorgänge, seine Erlebnisse als sozialdemokratischer Agitator und seine Begegnungen mit historischen Gestalten in seinem journalistisch gewandten Stil höchst lebendig und anschaulich darzustellen. Die Denkwürdigkeiten lassen sich flott lesen und oft gelingt es Blos mit wenig Sätzen den Leser in eine damalige Situation zu versetzen. Diese imponierende Darstellung darf uns aber nicht über den sachlichen Inhalt hinwegtäuschen.

Bei einer eingehenden Prüfung und einem Vergleich der Denkwürdigkeiten mit den Werken anderer sozialdemokratischer Autoren mußten wir feststellen, daß Blos inhaltlich nicht sehr viel Neues bietet. Nachdem Franz Mehrings „Geschichte der deutschen Sozialdemokratie" und Bebels Lebenserinnerungen in die Oeffentlichkeit gekommen waren, konnten Blos' Denkwürdigkeiten in ihrer Art dem Historiker nicht mehr viel Neues bringen.[186])

So lassen sich die Aufzeichnungen von Blos über die Spaltungen und Zwistigkeiten innerhalb der Sozialdemokratie, die Sozialdemokratie im Reichstag, Parteikongresse und -Versammlungen auch schon bei Mehring und Bebel finden und dabei ist zu beachten, daß sowohl Mehring als auch Bebel ausführlicher und gründlicher sind.[187]) Das Eigene und Eigenste bei Blos ist und bleibt das Persönliche. Dieses ist ohne Zweifel interessant, auch für den Historiker, für den es von Wert sein kann, weil es Tatsachen beleuchtet und bekräftigt.

---

[186]) Der vierte Band Mehrings erschien in 2. Auflage schon 1904; Bebels 2. Band 1911, der dritte 1914; der 1. Band von Blos kam erst 1914 heraus und der 2. Band 1919.

[187]) Bebels Darstellung ist allerdings oft zu ausführlich und vor allem fehlt ihr die Lebendigkeit, die wir bei Blos anerkennen müssen. Vergl. über Bebel H. Z. a. a. O. (Hermann Oncken).

Die Blos'schen Denkwürdigkeiten macht wertvoll, daß sie uns ein gutes Bild geben von des Verfassers und seiner Parteigenossen Leiden unter dem Sozialistengesetz, von den Umgehungen des Sozialistengesetzes, überhaupt von dem Leben eines Agitators der Sozialdemokratie, der, von den Marxistischen Ideen überzeugt, als Journalist und Redner für seine Partei kämpfte.

Es begegnet uns hier der in der Memoirenliteratur wohl seltene Fall, daß der Verfasser Journalist ist und daß sich dieser Journalist in der ganzen Art seines Werkes äußert. Die Denkwürdigkeiten von Wilhelm Blos sind in ihrer häufig mangelnden Ausführlichkeit und in dem Vielerlei des darin Gebotenen die Arbeit eines Journalisten. Die Schilderungen seiner Begegnungen mit führenden Sozialdemokraten und anderen historischen Persönlichkeiten sind im allgemeinen journalistisch skizzenhaft.' Neben den Tatsachen stehen bei Blos des öfteren historische Anekdoten und oft nebensächliche persönliche Erlebnisse, die uns der Verfasser nicht vorenthalten wollte, deren Kritik wir uns aber versagen mußten, da dazu auch, wie schon erwähnt, im allgemeinen das Kontrollmaterial fehlt.

Wir konnten ferner neben der inhaltlichen Uebereinstimmung der Denkwürdigkeiten mit den Werken der beiden genannten sozialdemokratischen Autoren an manchen Stellen eine fast wörtliche, ein paar Mal sogar eine genaue Uebereinstimmung mit dem einen Autor (Mehring) feststellen, sodaß wir den Beweis erbringen konnten, daß Blos bei Mehring abgeschrieben, im Uebrigen auch noch andere sozialdemokratische Darstellungen stark herangezogen hat.' Auch hierin zeigt sich der Zeitungsschreiber. Blos hat sich die Abfassung seiner Memoiren sehr erleichtert. Ein Vorteil ist allerdings mit dieser weitestgehenden Benützung fremder Quellen verbunden: die Darstellung historischer Vorgänge ist zuverlässig, abgesehen natürlich von der parteilichen Tendenz. Bei Blos haben wir nur ein unrichtiges historisches Datum gefunden.[188]) Wie oft kommt es doch vor, daß die Verfasser von historischen Denkwürdigkeiten, weil sie sich bei deren Abfassung im wesentlichen auf ihr Gedächtnis gestützt haben, falsch berichten oder entstellen.[189]) Blos trifft dieser Vorwurf nicht, weil er — wie gesagt — in starkem Maße andere und gleichzeitige Darstellungen herangezogen hat, mit denen er übereinstimmt. Deshalb sind seine Angaben auch für die Historie verwendbar, ab-

[188]) Vergl. S. 18 unserer Abhandlung, Anm. 25.

[189]) Vergl. Max Lenz, Zur Kritik der „Gedanken und Erinnerungen" des Fürsten Bismarck, Berlin 1899 (der aber weit über das Ziel hinausschießt), ferner Arno Mulot, Kritische Studien zu den Aufzeichnungen des Prinzen Kraft zu Hohenlohe-Ingelfingen. Tübinger Dissertation 1929.

gesehen von den im Laufe unserer Untersuchung festgestellten Mängeln und Fehlerquellen.

Als ein weiteres Ergebnis der vorliegenden Untersuchung ist anzusehen, daß sich Blos in seiner Stellungnahme zu damaligen innen- und außenpolitischen Fragen und Vorgängen als Parteimann herausgestellt hat. Die Negation staatlicher Notwendigkeiten, die die Sozialdemokratie damals trieb, fand sich bei Blos aufs Neue bestätigt. Die Spitze parteilicher Voreingenommenheit erreicht er in seinen Urteilen über Bismarck. Allerdings vermag er auch ab und zu — auf Grund seiner geistigen Bildung — eine historische Persönlichkeit gerechter und freier zu beurteilen.

Die oft anzüglichen Bemerkungen über Frauen und die häufige Erwähnung des Stammtisches, die wir von anderen Memoirenwerken nicht gewöhnt sind, entwürdigen die Blos'schen Denkwürdigkeiten und nehmen ihnen zum Teil den ästhetischen Wert. Sie sind gleichzeitig als eine Aeußerung der Persönlichkeit des Verfassers anzusehen, die sich dadurch in ein ungünstiges Licht stellt.

Ganz zum Schluß mag alles noch einmal zusammengefaßt werden: Was wir in den „Denkwürdigkeiten eines Sozialdemokraten" von Wilhelm Blos über historische Vorgänge und die Stellungnahme seiner Partei zu Fragen des damaligen staatlichen Lebens erfahren, ist im allgemeinen zwar zuverlässig, weil es mit anderen Quellen übereinstimmt, aber nicht originell.' Originell bei Blos ist nur das Persönliche. Die Darstellung ist gewandt und lebendig, das Werk eines Journalisten. Die Offenheit der Darstellung ist anzuerkennen. Der Hauptwert der Denkwürdigkeiten besteht darin, daß sie ein charakteristisches Bild des Lebens und Treibens eines sozialdemokratischen Agitators der Bismarckschen Zeit entwickeln. Insofern sind sie auch als eine wertvolle Ergänzung zu den trockenen Aufzeichnungen Bebels und zu Mehrings „Geschichte der deutschen Sozialdemokratie" zu betrachten. Für die Geschichtsschreibung sind sie durchaus verwendbar. Unter den neueren Memoirenwerken nehmen sie wegen ihrer Eigenart einen besonderen Platz ein.

Literaturverzeichnis.

Bebel, August
„Aus meinem Leben", II. Bd., Stuttgart 1911, III. Bd. 1914.

Blos, Wilhelm
Deutsche Revolution, Stuttgart 1893.
Die französische Revolution (1789—1804), Berlin 1923.

Blos, Wilhelm
Die neue Aera, Kriegsprobleme der Arbeiterklasse, Heft 13, Berlin 1916.

Blos, Wilhelm
Karl Grillenberger, Lebensläufe aus Franken, herausgegeben von Anton Chrousst, I. Bd. München und Leipzig 1919.

Blos, Wilhelm
„Die Geächteten", Sozialpolitischer Roman aus der Zeit des Sozialistengesetzes, I. Bd., Frankfurt a. M. 1907.

Blos, Wilhelm
„Von der Monarchie zum Volksstaat", Zur Geschichte der Revolution in Deutschland, insbesondere in Württemberg. I. Bd. Stuttgart 1922, II. Bd. 1923.

Brunstädt, Fritz
Deutschland und der Sozialismus, Berlin 1924.

Die Große Politik der europäischen Kabinette
herausgegeben vom deutschen Auswärtigen Amt
Bd. 6. Aktenstück Nr. 1275 (Graf Münster an Bismarck 17. Juli 1887).

Ernst, Eugen
„Polizeispitzeleien und Ausnahmegesetze 1878—1910", Berlin 1911.

Gebhardt, Bruno
Handbuch der deutschen Geschichte, 6. Auflage, Stuttgart, Berlin und Leipzig 1923.

Hartung, Fritz
„Deutsche Geschichte von 1871—1914", Berlin 1920.

Lenz, Max
„Zur Kritik der „Gedanken und Erinnerungen" des Fürsten Bismarck," Berlin 1899.

Marx, Karl
„Das Kapital", 3. Aufl., Hamburg 1883.

Mehring, Franz
Geschichte der deutschen Sozialdemokratie, 2. Aufl. III. Bd., Stuttgart 1903, IV. Bd. 1904.

Mohl, Robert v.
„Lebenserinnerungen", II. Bd., Stuttgart und Leipzig 1902.

Mulot, Arno
„Kritische Studien zu den Aufzeichnungen des Prinzen Kraft zu Hohenlohe-Ingelfingen", Tübinger Dissertation 1929.

Philippson, Martin
Max von Forckenbeck, Ein Lebensbild, Dresden und Leipzig 1898.

Protokoll
des Kongresses der deutschen Sozialdemokratie, abgehalten auf Schloß Wyden in der Schweiz vom 20.—23. Aug. 1880, Zürich 1880.

Protokoll
über die Verhandlungen des Parteitages der sozialdemokratischen Partei Deutschlands, abgehalten zu Halle a. S. vom 12. — 18. Oktober 1890, Berlin 1890.

Reichs-Gesetzblatt 1878,
Berlin 1878.
Reichstags-Drucksachen 1884/85,
6. Leg. Per., 1. Session, Nr. 16 und Nr. 208.
Reichstags-Verhandlungen,
IV. Leg. Per., 1. Session (Bd. 1)
Reichstags-Verhandlungen
IV. Leg. Per., 2. Session (1879)
Reichstags-Verhandlungen
V. Leg. Per., 4. Session (1884) I. und II. Band.
Reichstags-Verhandlungen
VI. Leg. Per., 1. Session (1884—1885) Bd. I und III.
Richter, Eugen
„Die Irrlehren der Sozialdemokratie", Berlin 1890.
Richter, Eugen
Im alten Reichstag, 1. und 2. Band, Berlin 1894 und 1896.
Salomon, Felix
Die deutschen Parteiprogramme, 3. Auflage 1920, Heft II.
Schippel, Max
Sozialdemokratisches Reichstagshandbuch, Berlin 1902.
Schmoller, Gustav,
Max Lenz, Erich Marcks
„Zu Bismarcks Gedächtnis", 1. und 2. Auflage, Leipzig 1899.
Specht, Fritz
Die Reichstagswahlen von 1867—1897, Berlin 1898.
Treitschke, Heinrich von
Der Sozialismus und seine Gönner, Berlin 1875.
Verhandlungen
des Parteitags der deutschen Sozialdemokratie in St. Gallen, abgehalten vom 2.—6. Oktober 1887, Hottingen-Zürich 1888.
Wahl, Adalbert
Deutsche Geschichte von der Reichsgründung bis zum Ausbruch des Welt-Kriegs (1871—1914), 1. Band Stuttgart 1926, 2. Band 1929.
Weller, Karl
Die Staatsumwälzung in Württemberg 1918—1920, Stuttgart 1930.
Winnig, August
Vom Proletariat zum Arbeitertum, Hamburg 1930.
Zechlin, Egmont
Staatsstreichspläne Bismarcks und Wilhelms II. (1890—94) Stuttgart und Berlin 1929.
Zenker, Ernst-Viktor
Der Anarchismus, Jena 1895.

Zeitschriften und Zeitungen.

Deutsche Literaturzeitung, 47. Jahrgang 1926 (Januar-Juni), S. 228—30 (A. Wahl).
Württembergische Vierteljahrshefte für Landesgeschichte 31. Jahrg. 1922—24, S. 306 (K. Weller).
Historische Zeitschrift, 107. Bd., 1911, S. 596 ff. (H. Oncken).
„Schwäbische Chronik" Nr. 309, 1927.
Staatsanzeiger für Württemberg Nr. 155, 1927.

Lebenslauf.

Am 5. September 1906 wurde ich in Dt.-Avricourt (früher Lothr.) geboren. Vom Frühjahr 1913 bis 1915 besuchte ich daselbst die Volksschule; 1916 die Volksschule in Gondrexange (Lothr.). Meine erste Schulzeit wurde durch die Ereignisse an der lothringischen Front häufig unterbrochen. 1917 trat ich in die Oberrealschule in Saarburg i. L. ein. Im Frühjahr 1919 mußten meine Eltern Elaß-Lothringen verlassen. Im selben Jahre kam ich in die Oberrealschule in Kirchheim/Teck, wo ich im Frühjahr 1925 die Reifeprüfung ablegte. Ich wählte das Studium der neueren Sprachen und Geschichte. In den ersten Semestern holte ich die Kenntnis der lateinischen Sprache nach. Außer nach Tübingen führte mich mein Studium an die Universität Berlin, zu einem zweimonatigen Studienaufenthat an die Universität Nancy und ein halbes Jahr nach Paris.

Vorlesungen hörte ich bei den Herren Professoren: Fuchs, Sartorius, Wilbrandt — Gamillscheg, Haas, Rohlfs, Wechssler — Brandl, Dibelius, Schirmer — Brackmann, Haller, Hoetzsch, König, Marcks, Meinecke, Vogt, Wahl.

Es ist mir ein Bedürfnis, an dieser Stelle meinem hochverehrten Lehrer, Herrn Professor Dr. phil. et Dr. jur. h. c. Adalbert Wahl für die Förderung meiner Studien und die wertvollen Winke bei der Abfassung meiner Arbeit meinen aufrichtigsten Dank auszusprechen.